



Protokoll

Datum:

22. Juli 2015

Für:

TeilnehmerInnen des Runden Tisches inkl. Stellvertretungen sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Aufstellung

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.154234 / 922/2015/00004

Protokoll der 10. Sitzung des Runden Tisches vom 08. Juni 2015

Vorsitz:	Luzius Mader	Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM; Bundesamt für Justiz
Teilnehmende mit Stimmrecht:	Mirjam Aebischer	Integras Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik
	Olivier Baud	Fondation officielle de la Jeunesse
	Ursula Biondi	Vertreterin administrativ Versorgte
	Wolfgang Bürgstein	Schweizer Bischofskonferenz SBK
	Daniel Cevey	Betroffener
	Ainca Gautschi-Moser	Vertreterin 2. Generation
	Felix Frey	Schweizerischer evangelischer Kirchenbund SEK (nur Vormittag)
	Margrith Hanselmann	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK
	Lisa Hilafu	Vertreterin Zwangsadoption-Schweiz & missglückte Adoption
	Thomas Huonker	Vertreter Fremdplatzierte / Mitglied Unabhängige Expertenkommission administrativ Versorgte (UEK)
	Andreas Jost	Betroffener
	Peter Kopp	Schweizer Bauernverband SBV
	Reto Lindegger	Schweizerischer Gemeindeverband (vertritt an der Sitzung auch den schweiz. Städteverband)

	David Oberholzer	CURAVIVA Verband Heime und Institutionen Schweiz
	Alfred Ryter	Betroffener
	René Schüpbach	Betroffener
	Uschi Waser	Vertreterin Jenische
	Diana Wider	Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES (nur Vormit- tag)
	Clément Wieilly	Betroffener/Agir pour la Dignité (nur Vor- mittag)
Teilnehmende		
ohne Stimmrecht:	Elsbeth Aeschlimann	Opferberatungsstelle Zürich
	Elisabeth Keller	Eidgenössische Kommission für Frauen- fragen
	Martin Lengwiler	Vertreter Historiker
	Marco Leuenberger	Vertreter Historiker (Vormittag – Stv. Seglias)
	Markus Notter	Präsident UEK (nur nachmittags)
	Jürg Schmutz	Schweizerische Archivdirektorenkonfe- renz ADK
	Ursula Schneider Schüttel	Parlamentarische Gruppe für Opfer von FSZM (nur Vormittag)
	Loretta Seglias	Vertreterin Historiker (nur Nachmittag)
	Annegret Wigger	Vertreterin Sozialwissenschaften
	Sara Zimmermann	Sekretariat UEK
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / FSZM
	Claudia Scheidegger	Bundesamt für Justiz / Sekretariat Sofort- hilfe FSZM
	Janine Mauerhofer	Bundesamt für Justiz / Assistentin des Delegierten
Protokoll:	Patricia Kaiser	Bundesamt für Justiz / FSZM
Entschuldigt:	Pierre Avanzino	Vertreter Historiker
	Jean-Louis Claude	Betroffener
	Marco Ronzani	Coach/Moderator Betroffenenforum
	Simon Hofstetter	Schweizerischer evangelischer Kirchen- bund SEK
	Renate Amstutz	Schweizerischer Städteverband

1 Sitzungsbeginn: 09.35 Uhr

2 **1. Begrüssung und Mitteilungen**

3 Der Delegierte eröffnet die Sitzung, begrüsst die Teilnehmenden und gibt die Entschuldigungen wie folgt bekannt: Frau Renate Amstutz wird heute durch Reto Lindegger vertreten. Entschuldigt sind auch die Herren Pierre Avanzino (kein Stv.), Jean-Louis Claude (kein Stv.),
4
5
6 Simon Hofstetter (heute vertreten durch Felix Frey) und Marco Ronzani.

7 Der Delegierte informiert, dass Kurt Gradolf, der die Zwangssterilisierten am RT vertreten
8 hatte, am 11. Mai 2015 verstorben sei. Wir gedenken seiner und halten einen Moment inne.
9 Er habe seiner Ehefrau, Bernadette Gächter, ein Kondolenzschreiben geschickt, welches bei
10 ihr sehr gut angekommen sei.

11 Er begrüsst sodann Frau Ainca Gautschi-Moser als neues Mitglied des RT; sie war schon als
12 Gast am vorherigen RT dabei.

13 Neu wird die UEK am RT durch die beiden wissenschaftlichen Sekretäre der Unabhängigen
14 Expertenkommission (UEK), Frau Sara Zimmermann und Herr Elie Burgos, permanent ver-
15 treten sein. Sie stellen den Informationsfluss zwischen der UEK und dem RT sicher.

16 Das Protokoll der letzten Sitzung wurde bereits früher auf dem Zirkularweg genehmigt.

17 Der Delegierte informiert schliesslich, dass Traktandum 7 (das Thema Arbeitsgruppen) vor-
18 gezogen und als erstes nach der Mittagspause behandelt wird – Herr Jost müsse aufgrund
19 von Unwetterschäden in seinen Geschäftsräumen früher gehen.

20 **2. Zusammensetzung des RT**

21 Einige Veränderungen bei den Mitgliedern hat der Delegierte bereits bei der Begrüssung
22 erwähnt.

23 Herr Huonker informiert darüber, dass gewisse Mitglieder des RT (Loretta Seglias, Martin
24 Lengwiler, er selbst [Protokollanmerkung: sowie Gisella Haus als Stellvertreterin von Annet-
25 ret Wigger]) neu Mitglieder der UEK sind, die im November 2014 vom Bundesrat eingesetzt
26 worden ist und die inzwischen ihre Arbeit aufgenommen hat. Die UEK hat beschlossen, dass
27 die Vertretung am RT in Zukunft durch das Sekretariat der UEK wahrgenommen wird. UEK-
28 Mitglieder werden bei Bedarf zu Sitzungen des RT eingeladen.

29 Walter Emmisberger wird den Verein Fremdplatziert als dessen Präsident anstelle von
30 Thomas Huonker in Zukunft vertreten. Dies wurde an der Sitzung des Vereins vom 8. Mai
31 2015 so entschieden. Sollte ihm das Reisen nicht möglich sein, würde er vom neuen Vize-
32 präsidenten, Armin Meier, vertreten. Die bisherige Vertreterin von Thomas Huonker, Frau
33 Feuerstein, ist mit dieser Lösung einverstanden. Herr Huonker unterstreicht, dass ihm sein
34 Mitwirken am RT – wie auch am Betroffenenforum (BF) – sehr wichtig war und ist.

35 Der Delegierte dankt Herrn Huonker für seine geleistete Arbeit und ist froh, dass die UEK
36 eine gute Vertretungsregelung gefunden hat. Aus seiner Sicht gibt es keine Einwände gegen
37 die Teilnahme von Herrn Huonker am BF. Darüber soll das BF selbst befinden.

38 Protokollanmerkung: Die aktualisierte Liste der Teilnehmenden des RT wird innert
39 Kürze auf der Homepage www.fszm.ch aufgeschaltet.

1 Aus der Sicht des Delegierten ist die Nachfolge durch Walter Emmisberger eine gute Lösung.
2 Er habe häufig Kontakt mit ihm. Herr Emmisberger hat ein Blatt mit seiner Meinung zur
3 wissenschaftlichen Aufarbeitung verteilen lassen, worin er Kritik äussert zur Vergabe von
4 Gelder für die wissenschaftliche Aufarbeitung. Der Delegierte teile seine Meinung nicht. Frau
5 Biondi ergänzt, dass es auch um die Frage gehe, wieso die Vorlage nicht gleichzeitig in bei-
6 den Räten diskutiert werden könne (beschleunigtes Verfahren). Frau Schneider-Schüttel
7 erhält vom Delegierten das Wort und erklärt, dass es sich im Parlament um langsame Pro-
8 zesse handle und sie an den aktuell ablaufenden Geschehnissen sehe, dass der Wille zum
9 raschen Handeln im Parlament durchaus vorhanden sei. Frau Biondi hält fest, dass ihr bei
10 der Sterbebegleitung von Maria Magdalena Ischer bewusst geworden sei, dass viele Opfer
11 sterben werden, bevor sie von dem Gesetz profitieren können. Der Delegierte führt zum be-
12 schleunigten Verfahren aus, dass er den Ausführungen von Frau Schneider-Schüttel zu-
13 stimme und es bei der Wahl des beschleunigten Verfahrens um eine taktische Frage handle.
14 Dieses Verfahren könne zwar gewählt werden, das Parlament sei diesbezüglich in den letz-
15 ten Jahren immer zurückhaltender geworden. Der Delegierte führt weiter aus, dass das Vor-
16 gehen bis jetzt sehr rasch war und er nicht unnötiges Geschirr zerschlagen wolle. Frau Bion-
17 di betont nochmals, dass es für die Betroffenen, die mit ihr gesprochen haben, wichtig sei,
18 dass es rasch geht.

19 Herrn Schüpbach ist es wichtig, dass die Nachkommen/Ehegatten anstelle der verstorbenen
20 Opfer Geld erhalten können. Der Delegierte weist darauf hin, dass dies in der Wiedergutmachungs-
21 initiativ nicht vorgesehen sei. Zu dieser Frage könne im Vernehmlassungsverfahren
22 zum Gegenvorschlag des Bundesrates Stellung genommen werden.

23 Herr Wieilly sei mit Frau Biondi komplett einverstanden, er sei wie sie an der Front tätig und
24 habe schon des Öfteren miterlebt, wie Betroffene wegsterben. Er habe ein Lied komponiert,
25 das er in der ganzen Schweiz vortragen werde, um Geld zu sammeln. Er konstatiert, dass es
26 die Opfer seien, die immer selber Geld sammeln müssten. Nach der Ausstrahlung der Sen-
27 dung "Temps Présent" im April habe er 3000 Briefe erhalten. Es sei ein grosses Unrecht und
28 Leiden, er erhalte sehr viele Anfragen (400 im Jahre 2014, im 2015 sind es schon 800).
29 Mann müsse jetzt von den Worten zu Taten übergehen.

30 Der Delegierte dankt Herrn Wieilly für sein grosses Engagement.

31 Herr Cevey betont die Dringlichkeit der Angelegenheit. Zudem weist er darauf hin, dass er
32 einen Begleitbrief gesehen habe, dass die Nothilfe [Soforthilfe] offenbar doch nicht von den
33 Steuern befreit sei und der betreibungsamtlichen Pfändung unterliege. Der Begriff der Nothil-
34 fe passe nicht. In einem ihm bekannten Fall könne die Person sich von diesem Geld nicht
35 einmal pflegen lassen. Das sei alles skandalös und man komme nicht weiter. Der Schiene
36 des Parlaments will er nicht folgen, das gehe viel zu langsam, er wolle jetzt politische Ver-
37 einbarungen. Kürzlich habe er mit der Bundespräsidentin gesprochen und da habe sie von
38 "eine Geste machen" und nicht von Entschädigung gesprochen. Er unterstreicht auch, dass
39 ein zeitlicher Druck herrsche und es vorwärts gehen müsse.

40 Herr Wieilly fügt an, dass er bei Luc Recordon war und diesen darüber informiert habe, dass
41 er einen Abend mit allen Fernsehsendungen organisieren werde. Er wolle viele Opfer zur
42 Sprache kommen lassen. Herr Wieilly habe dafür schon das Meiste organisiert und fordere
43 die Teilnehmer des RT auf, sich umzusehen, welche Opfer an diesem Abend im Herbst 2015
44 teilnehmen könnten und wollten.

45

1 3. Informationen

2 Der Delegierte informiert, dass es eine Vielzahl von Aktivitäten im Bereich der FSZM gebe.
3 Er bedankt sich bei allen, die die Verlängerung der Ausstellung auf dem Ballenberg ermög-
4 licht haben. Viele Publikationen, Veranstaltungen und Filme (der Delegierte verweist auf die
5 ihm kürzlich zugestellte Filmproduktion "Engel" von Muriel Jaquerod) werden gemacht. Er
6 weist darauf hin, dass er darum bemüht sei, alles, was ihm bekannt gemacht wird, auf der
7 Website zugänglich zu machen. Für den politischen Prozess sei diese Öffentlichkeitsarbeit
8 sehr wichtig.

9 Frau Hilafu weist darauf hin, dass bei der Suche von Sparguthaben von den Banken oft kei-
10 ne Hilfestellung komme. Zudem seien ihr Fälle bekannt, in welchen Alimente bei Adoptionen
11 (auch beim neuen Adoptionsrecht) bis in die 1980er-Jahre eingezogen wurden. Diese Be-
12 troffenen wollten die Alimente zurück. Es seien ihr sogar Fälle bekannt, in denen es zu Pfän-
13 dungen kam. Der Delegierte bedankt sich für diese Hinweise und bittet darum, dass ihm ak-
14 tuelle Fälle mitgeteilt werden, damit er sich darum kümmern und mit den Behörden Kontakt
15 aufnehmen könne.

16 Der Delegierte entgegnet Herrn Cevey, dass er überzeugt sei, dass die Soforthilfe eine sehr
17 wichtige Massnahme des RT war, dass diese Überbrückungshilfe für viele Betroffene enorm
18 hilfreich sei und von den Opfern auch positiv aufgefasst werde. Kritik daran sei schon mög-
19 lich, aber er habe Zweifel, dass dies der Meinung der sich in einer akuten finanziellen Lage
20 lebenden Opfer entspreche. Zur Bemerkung betreffend des Parlamentsweges sehe der De-
21 legierte nicht, welches alternative Vorgehen im Sinne von Herrn Cevey in Frage käme.

22 Was die betreibungsrechtliche und steuerrechtliche Behandlung der im Rahmen der Sofort-
23 hilfe ausbezahlten Beiträge angeht, habe der Delegierte für ein Schreiben gesorgt, welches
24 Betroffene vorweisen können, denen diese Beträge von den Steuerbehörden angerechnet
25 oder von den Betreibungsbehörden eingetrieben werden. So konnte erreicht werden, dass
26 diese Beträge in der Folge bei der Berechnung unberücksichtigt blieben. Die zuständigen
27 Behörden können sich aber nicht über die gesetzlichen Bestimmungen hinwegsetzen. Wir
28 können sie nur darum bitten, den vorhandenen Handlungsspielraum im Sinne der Opfer aus-
29 zulegen. Der Delegierte bittet erneut darum, dass er über konkrete Fälle informiert werde,
30 damit er sich darum kümmern könne.

31 Herr Cevey vergewissert sich über den Ablauf der Frist für die Einreichung der Gesuche für
32 die Soforthilfe vom 30. Juni und bemerkt, dass diese Frist zu kurz bemessen sei. Viele Leute
33 hätten nicht alle Dokumente und es sei schwierig für sie, innerhalb eines Jahres zu reagie-
34 ren. Der Delegierte möchte auf diesen Punkt später zurückkommen. Herr Wieilly findet, dass
35 in den Medien starke Vermischungen vorgenommen werden. Es seien nicht nur die Behör-
36 den Schuld an den Unklarheiten. Während des Krieges haben junge Frauen während acht
37 Jahren Uniformen genäht und trotz Versprechen zur Entlohnung keinen Lohn erhalten. Er
38 wolle vom Delegierten wissen, ob man hier nichts machen könne. Er habe bereits versucht,
39 an Herrn Maurer zu gelangen. Zudem stimme er Frau Hilafu betreffend Sparguthaben zu.

40 Der Delegierte weist daraufhin, dass Frau Schneider-Schüttel zu den Sparguthaben einen
41 Vorstoss gemacht habe, der vom Bundesrat positiv aufgenommen worden sei und entspre-
42 chend eine Regelung in den Gesetzesentwurf einfliessen wird.

43 Herr Ryter merkt an, dass er versteht, dass die Leute heute ungeduldig seien. Für ihn sei die
44 Frage aber mehr, wieso nicht schon vor zehn Jahren geschah, was wir heute machen. Der
45 Delegierte erwidert, dass leider die Stimmen vor zehn Jahren noch überhört wurden.

46 Herr Jost bemerkt, dass für ihn die Soforthilfe sehr hilfreich war, dass er und seine Partnerin
47 aber starke Existenzängste und als Folge davon auch gesundheitliche Probleme hätten. Er
48 fragt, wie ein anderes Verständnis für die Situation der Opfer gefunden werden könnte. Der

1 Delegierte führt aus, dass es seiner Meinung nach den Mitgliedern des RT gelungen sei, den
2 Behörden die Dringlichkeit der Thematik aufzuzeigen. Dank den Ausführungen der Betroffe-
3 nen am RT sei es ihm möglich, Einblick in die Sichtweisen der Betroffenen zu erhalten und
4 diese zu verstehen. Die Frage sei, wie diesen Sichtweisen am besten Rechnung getragen
5 werden könne. Alle am RT mitwirkenden Vertreter von Behörden und Institutionen bemühen
6 sich ernsthaft darum.

7 **3.1 Weiteres Vorgehen in Sachen Volksinitiative / Gegenvorschlag**

8 Frau Schneider-Schüttel hat zur Volksinitiative keine weiteren Informationen. Von Interesse
9 sei ja vor allem der Gegenvorschlag des Bundesrates. Der Delegierte hält fest, dass die
10 Eckpunkte bekannt seien, und der Bundesrat sich am 24. Juni damit befassen werde. Bei
11 den drei Eckpunkten handle es sich um die Massnahmenvorschläge des RT, die Übernahme
12 der wesentlichen Inhalte des Rehabilitierungsgesetzes für administrativ versorgte Menschen
13 und den Grundsatzentscheid des Bundesrates vom 14. Januar 2015, sprich eines Solidari-
14 tätsbeitrags in der Höhe von CHF 250 – 300 Mio. Anschliessend werde bis Ende Septem-
15 ber 2015 die Vernehmlassung durchgeführt, die aufgrund der Sommerferien eigentlich ver-
16 längert werden müsste. Wegen der Dringlichkeit, soll davon absehen werden. Im Dezem-
17 ber 2015 soll die Botschaft bereit sein, damit sie im nächsten Jahr im Parlament behandelt
18 werden könne. Voraussichtlich werde die Vorlage in der Sommersession 2016 im Erstrat und
19 in der Herbstsession 2016 im Zweitrat behandelt und in der Folge verabschiedet werden
20 können. Es beginne dann die 100-tägige Referendumsfrist zu laufen. Die Initianten der Wie-
21 dergutmachungsinitiative müssen sich überlegen, ob sie diese zurückziehen wollen. Nach
22 Inkrafttreten des Gesetzes sei eine sechsmonatige Frist zum Einreichen der Gesuche für
23 einen Solidaritätsbeitrag vorgesehen, so dass im Herbst 2017 mit den ersten Auszahlungen
24 an die Opfer begonnen werden könnte.

25 Dieses Vorgehen sei zeitlich sehr ambitiös und funktioniere nur, wenn alle Stellen ohne Ver-
26 zug arbeiten.

27 Die Details der Vorlage werden nach dem Bundesratsentscheid vom – voraussichtlich –
28 24. Juni 2015 bekannt gegeben. Der Delegierte bittet um Verständnis, dass er dazu noch
29 keine weiteren Ausführungen machen kann.

30 Herr Jost möchte wissen, ob die Unterstützung der Selbsthilfe der Betroffenen und Betroffe-
31 nenorganisationen darin enthalten sein wird. Der Delegierte erwidert, dass der Entwurf dazu
32 voraussichtlich eine Regelung enthalten werde.

33 Herr Wieilly erwähnt einen Lohn von CHF 16 000 pro Jahr, den Mitarbeitende auf Landwirt-
34 schaftsbetrieben damals verdient hätten. Da die Verdingkinder oft über mehrere Jahre auf
35 den entsprechenden Höfen gearbeitet hätten, könne er nicht verstehen, dass der vorgese-
36 hene Betrag pro Opfer nicht höher ausfallen soll.

37 Der Delegierte weist darauf hin, dass es ihm wichtig sei, dass die am RT vertretenen Organi-
38 sationen sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens melden. Wichtig sei zudem, dass
39 sie sich frühzeitig melden. Die Vorlage müsse für die intern vorgeschriebenen Verfahren En-
40 de September bereits überarbeitet vorliegen, damit der angestrebte ambitiöse Zeitplan ein-
41 gehalten werden könne – Fristerstreckungen für die Vernehmlassungsantwort würden das
42 Vorgehen enorm verzögern.

43 Frau Biondi will wissen, ob die vom Gesetzesvorschlag vorgesehene finanzielle Hilfe bedeu-
44 te, dass alle weiteren finanziellen Ansprüche als getilgt betrachtet werden müssen. Frau Hi-
45 lafu bemerkt, dass viele Betroffene den vorgesehenen Betrag von CHF 300 Mio. zu tief fin-
46 den. Herr Schüpbach möchte wissen, ob sich auch Privatpersonen im Vernehmlassungsver-
47 fahren melden können. Der Delegierte merkt an, dass dies möglich sei und er bittet alle, die
48 genannten Punkte im Vernehmlassungsverfahren anzumerken. Herr Huonker unterstreicht

1 die Dringlichkeit, dass alle betroffenen Vereine wirklich rasch ihre Meinungen einreichen sol-
2 len. Weiter führt er aus, dass in anderen Ländern die Ausbezahlung von Geldern an die Op-
3 fer viel schneller erfolgt sei. Für ihn wäre das beschleunigte Verfahren sehr wichtig.

4 **3.2 Soforthilfe (Zahl der Gesuche, Organisation Ausschuss, Gesuchsbehandlung,** 5 **Finanzen etc.)**

6 Frau Scheidegger orientiert über die Arbeit der Soforthilfe und hält fest, dass die Arbeit im
7 Ausschuss sehr gut gehe. Pro Sitzung werden rund 50 bis 60 Gesuche behandelt. Sobald
8 alle Gesuche behandelt sind, wird sie zudem eine statistische Auswertung machen (Ge-
9 schlecht, Alter, Wissenschaft ja/nein, etc.). Bisher seien ca. 1100 Soforthilfe-Gesuche einge-
10 gangen; davon habe der Ausschuss bereits knapp 700 behandelt. 52 Gesuche wurden abge-
11 lehnt, weil keine finanzielle Notlage vorliege, 62 weil die Opfereigenschaft nicht gegeben
12 war. 29 Gesuche wurden direkt an den Kanton VD gestellt und bereits ausbezahlt; 16 Gesu-
13 che wurden vom Ausschuss mit dem Einverständnis der Gesuchsteller an den Kanton VD
14 weitergeleitet. 6 Gesuchsteller seien verstorben, wobei es bei den Todesfällen zu beachten
15 gebe, dass 4 nach und 2 vor der Auszahlung gestorben seien.

16 Herr Cevey bemerkt, dass ihm ein Fall des Kantons VD bekannt sei, bei welchem die be-
17 troffene Frau vom Kanton VD CHF 12 000 hätte erhalten können, vom Ausschuss aber einen
18 geringeren Betrag zugesprochen erhalten habe. Der Delegierte führt dazu aus, dass der
19 Kanton VD sich entschieden habe, mit einer Sonderlösung zu fahren. Die Waadtländer Be-
20 hörden bezahlen nur an Personen, die von Massnahmen betroffen waren, welche von
21 Waadtländer Behörden getroffen wurden bzw. in welchen die Aufsicht der Waadtländer Be-
22 hörden versagt habe. Für die Soforthilfe des RT ist das Kriterium des aktuellen Wohnortes
23 relevant. Somit kann es sein, dass eine Person heute im Kanton VD wohne, aber die Sofort-
24 hilfe des RT erhält. Zudem seien die Kriterien für die Ausbezahlung nicht identisch. Der De-
25 legierte führt weiter aus, dass der Kanton VD in den Soforthilfefonds des RT einbezahlen
26 würde, sollten viele heute im Kanton VD lebende Betroffene die Soforthilfe des RT erhalten.
27 Der Delegierte bittet Herrn Cevey, ihn über solche Fälle zu informieren, damit niemand, der
28 Anspruch hätte, ohne finanzielle Hilfe dasteht.

29 Herr Huonker möchte wissen, wie die finanzielle Situation aussieht. Der Delegierte informiert,
30 dass davon ausgegangen werden kann, dass rund 1000 Gesuche die Anforderungen erfül-
31 len werden. In den letzten Monaten sind aber auch sehr viele Gesuche von klar nicht be-
32 troffenen Personen eingereicht worden (fehlende finanzielle Notlage oder fehlendes Aufzei-
33 gen, von welcher Massnahme die Person betroffen war – nicht selten war das bei Gesuchen
34 von Fahrenden und Jenischen der Fall). Es sei allerdings davon auszugehen, dass nicht
35 genügend Mittel vorhanden sein werden. Insbesondere von Seiten Dritter sei der Rücklauf
36 der Gelder bislang etwas geringer ausgefallen als erwartet: Vom Bauernverband sei ein Bei-
37 trag erwartet worden und von den Kirchen sei der Rücklauf bisher geringer ausgefallen, als
38 auch die Kirchenvertreter selbst erwartet hätten. Zu erwähnen ist allerdings, dass die ge-
39 samtschweizerische Sammlung der katholischen Kirche noch nicht stattgefunden hat. Sie
40 wird Mitte August durchgeführt. Es wurde immer kommuniziert, dass nur solange ausbezahlt
41 werden könne, wie Gelder vorhanden seien. Aber es wäre sehr unbefriedigend, wenn Gesu-
42 che fristgerecht und korrekt eingereicht würden, aber nicht berücksichtigt werden könnten.
43 Sollte die gesetzliche Grundlage für die Solidaritätslösung bald kommen – so wie geplant –
44 dürfte die finanzielle Notlage allerdings auch immer geringer werden.

45 Frau Hanselmann fügt an, dass am Donnerstag ein Treffen der Anlaufstellen stattfinden wird:
46 Sie habe dafür die Anlaufstellen um Mitteilung der Zahl der hängigen Gesuche ersucht. Die
47 Anlaufstellen hätten bisher rund 1590 Personen beraten. Sie bittet darum, dass allfällige An-
48 liegen für dieses Treffen am Donnerstag bei ihr deponiert werden.

- 1 Der Delegierte weist noch darauf hin, dass viele Betroffene die Soforthilfe mit der definitiven
2 Lösung verwechseln und nun vorsorglich ein Gesuch deponieren, aber für die Soforthilfe
3 keinen Anspruch haben.
- 4 Frau Gautschi-Moser bittet um Klarstellung, ob es sich bei der Zahl von 1590 um die gesam-
5 te Zahl der Gesuche oder um zusätzliche Gesuche handelt. Es handle sich dabei um die
6 Gesamtzahl an Beratungen, welche die Anlaufstellen tätigen – inkl. jenen, die nicht zu einem
7 Gesuch führen.
- 8 Frau Hilafu möchte wissen, ob eine beschleunigte Behandlung von älteren Personen oder
9 von solchen mit einer gravierenden gesundheitlichen Einschränkung stattfindet. Frau Han-
10 selmann nimmt die Frage an das Anlaufstellentreffen vom Donnerstag mit. Frau Aeschli-
11 mann führt für den Kanton Zürich aus, dass zwar eine Wartefrist für die Besprechungstermi-
12 ne existiere, aber immer geschaut werde, dass Termine mit den Betroffenen zeitnah verein-
13 bart werden können. Der Delegierte ergänzt, dass die Gesuche bei Vorliegen eines der ge-
14 nannten Gründe durch den Ausschuss des RT prioritär behandelt werden. Frau Hilafu merkt
15 an, dass der SRK-Suchdienst und auch ihre Vereinigung durch Anfragen komplett überlastet
16 seien.
- 17 Herr Baud schlägt vor, zusätzliche Mittel für die Alimentierung des Soforthilfefonds zu be-
18 schaffen. Herr Huonker dankt Herrn Baud und merkt an, dass er mit der Überbrückungslö-
19 sung insofern Mühe habe, als dass es Leute geben könnte, die in der Zwischenzeit in eine
20 finanzielle Notlage geraten könnten. Der Delegierte bestätigt, dass es ihm ein grosses Anlie-
21 gen sei, dass die gesetzliche Regelung so rasch wie möglich vorangetrieben werde.
- 22 Herr Cevey fragt bei Herrn Kopp betreffend Härtefallfonds nach. Dieser Fonds werde vom
23 Bauernverband unterstützt, so wie das auch im Bericht des RT aufgeführt sei.
- 24 Frau Wigger fügt an, dass ihrer Ansicht nach die Prekarität der finanziellen Situation des So-
25 forthilfefonds öffentlich gemacht werden und der RT sich für eine Lösung einsetzen müsse.
26 Auch der Beitrag der Pharmaindustrie sei ja geringer als erwartet ausgefallen. Herr
27 Schüpbach erwidert, dass sein Arbeitgeber nie Versuche mit Psychopharmaka durchgeführt
28 habe. Er könne aber nicht für die Basler Pharmabranche und die heimeigenen Ärz-
29 te/Psychiater und Leitungen sprechen.
- 30 Herr Wieilly plädiert dafür, dass alle Gesuchstellenden CHF 4000 erhalten sollen, da er oft
31 Gesuche zurückerhalte und nicht verstehe, wieso deren Gesuchsteller kein Geld erhalten
32 haben. Er sei mit der Arbeit und dem Tempo des Delegierten nicht einverstanden. Der Dele-
33 gierte weist den Vorwurf zurück, bürokratisch und unmenschlich zu sein. Herr Wieilly sei
34 nicht damit einverstanden, dass seine Frage für nach dem Referat hätte aufgespart werden
35 sollen und relativiert die Vorwürfe an den Delegierten.
- 36 **3. Psychiatrie / Medikamentenversuche (Referat André Salathé)**
- 37 André Salathé, Staatsarchivar des Kantons Thurgaus wird vom Delegierten vorgestellt. Der
38 Kanton Thurgau leiste Pionierarbeit in diesem Forschungsbereich. Das in der Folge vom
39 Staatsarchivar gehaltene Referat, bildet in seiner bearbeiteten schriftlichen Fassung (s. *An-*
40 *hang 1*, Seiten 19 – 23) Bestandteil dieses Protokolls.
- 41 Der Delegierte bedankt sich bei Herrn Salathé für die gemachten Ausführungen und be-
42 grüsst es sehr, wie der Kanton TG bereit war, rasch und umsichtig zu intervenieren und
43 dadurch einen grossen Beitrag für die Aufarbeitung der Thematik leiste. Persönlich habe er
44 den Eindruck, dass die Thematik der Medikamentenversuche nicht nur den Kanton TG be-
45 treffe.
- 46 Herr Schüpbach wiederholt seine gemachte Aussage und weist darauf hin, dass der "Rohr-
47 schach-Test" seiner Meinung nach bloss Tinte gewesen sei. Frau Biondi bemerkt, dass

1 auch in Hindelbank die Frauen jeden Abend ein Medikament haben schlucken müssen und
2 niemand wisse, was das war. Frau Hilafu betont, dass Kinder, die sich gewehrt haben Medi-
3 kamente einzunehmen, fällig gemacht worden seien. Betroffene verlangen, dass sie Einsicht
4 in alle diese Akten erhalten, um diese auch korrigieren zu können. Es herrsche unter den
5 Betroffenen die Angst, dass, wenn diese Aufarbeitung nicht in allen Kantonen gleichzeitig
6 gemacht wird, nun in den anderen Kantonen allenfalls Akten zerstört werden könnten. Herr
7 Huonker bedankt sich für das Engagement des Kantons TG und möchte von Herrn Salathé
8 wissen, wie mit der Thematik der Zwangssterilisierung umgegangen wird. Herr Salathé führt
9 aus, dass in Münsterlingen aus dem 20. Jahrhundert alle Zwangsabtreibungen und Zwangs-
10 sterilisierung archiviert worden seien. Aufgrund der Prozesse und Verhandlungen am RT und
11 der Aussicht auf ein Nationales Forschungsprogramm (NFP) sei davon abgesehen worden,
12 diese Thematik in das Forschungsprojekt zu Münsterlingen zu integrieren. Zur Bemerkung
13 der Aktenvernichtung möchte er erwähnen, dass diese Gefahr immer bestehe, wenn ein
14 Thema auf die politische Ebene gehoben werde. Herr Schüpbach wehrt sich dagegen, dass
15 die Pharmaindustrie Gelder liefern müsse, da nicht alle Firmen in diese Versuche involviert
16 waren.

17 Der Delegierte hält fest, dass die wissenschaftliche Aufarbeitung voraussetze, dass die Ak-
18 ten aufbereitet und zugänglich gemacht werden. Hierzu leiste der Kanton TG einen grossen
19 Beitrag.

20 Frau Hilafu fragt, ob Betroffene ihre Akten aus den Archiven entfernen können, wenn sie
21 diese nicht weiter dort aufbewahren wollen. Der Delegierte geht davon aus, dass dies
22 nicht möglich sei. Herr Schmutz hält dazu fest, dass es Gesetzgebung zu den Archiven gebe
23 und diese halten fest, dass die Bestände und das präsentierte Bild nicht verzerrt werden und
24 somit Akten nicht vernichtet oder herausgenommen werden dürfen. Bestreitungsvermerke
25 können angebracht und auch Kopien angefertigt werden. Frau Biondi möchte dazu wissen,
26 wieso denn die Behörden – z.B. Dr. Meyer aus Hindelbank, der keine Akten weitergegeben
27 habe – Akten vernichten konnte. Herr Schmutz fügt an, dass diese die Akten, welche näm-
28 lich der Institution gehören, nicht hätte vernichten dürfen. Es bestehe die Pflicht, den Archi-
29 ven diese Akten zur Aufbewahrung anzubieten. Frau Hilafu führt aus, dass bewiesen sei,
30 dass viele Akten nicht der Wahrheit entsprechen und ihrer Meinung nach die Betroffenen
31 über ihre eigenen Akten entscheiden können müssten. Zudem seien Bestreitungsvermerke
32 bereits entfernt worden. Herr Schmutz stimmt zu, dass oft nicht das festgehalten worden sei,
33 was die Betroffenen festgehalten haben möchten. Wenn die Akten in den Archiven sind, ha-
34 ben diese ein grosses Interesse, dass keine Veränderung vorgenommen werden. Es kann
35 somit davon ausgegangen werden, dass Akten in den staatlichen Archiven nicht verfälscht
36 werden.

37 Herr Lengwiler ergänzt, dass die bisherige Arbeit der UEK darauf hinweise, dass nicht nur
38 der Kanton TG von den Medikamentenversuchen betroffen war. Der Delegierte führt dazu
39 aus, dass für das bereits erwähnte NFP, das parallel zu den Arbeiten der UEK laufen und
40 durchgeführt werden sollte, die Machbarkeitsprüfung vom Nationalfonds bis im Septem-
41 ber 2015 abgeschlossen werden sollte und bei einem positiven Entscheid bereits im nächs-
42 ten Jahr damit begonnen werden könnte. Zur Gefahr der Vernichtung von Akten führt er aus,
43 dass wir wissen, dass Akten vernichtet worden sind – Herr Salathé habe auch schon auf die
44 Gefahr hingewiesen – deshalb habe der RT auch ein Dokument erstellt, das den Kantonen
45 empfiehlt, sich für die Aktensicherung einzusetzen. Zudem sehe der Bundesratsvorschlag
46 eine Ausdehnung der jeweils für die staatlichen Archive geltenden Regelungen auf private
47 Institutionen vor. Schliesslich hält er fest, dass es zweischneidig wäre, den Betroffenen das
48 Recht zur Entfernung der Akten zu gewähren, da auch Verantwortliche davon Gebrauch ma-
49 chen könnten. Sollten Fälle der Bestreitungsvermerk-Entfernung bekannt sein, müsse der
50 Delegierte darüber informiert werden. Bei der Möglichkeit zur Anbringung von Bestreitungs-

- 1 vermerken handle es sich um eine Empfehlungen des RT und es sei wichtig, dass diese
2 Empfehlungen kein Papiertiger werden.
- 3 Frau Hilafu möchte wissen, inwiefern die IV-Stellen bei den Archiven nach Kinderakten nach-
4 fragen würden. Herrn Salathé sind keine Fälle bekannt. Frau Wigger führt dazu aus, dass ein
5 Unterschied gemacht werden müsse zwischen den abgeschlossenen und noch offenen Fäl-
6 len. In den Archiven liegen nur die abgeschlossenen Fälle. Die Akten der laufenden Fälle
7 ("laufende Akten") bleiben in den Institutionen.
- 8 Herr Cevey hält fest, dass vor rund 30 Jahren im Kanton VD Akten vernichtet worden seien.
9 Von ca. einem Monat sei im 24heures präzisiert worden, dass die Waadtländer Behörden die
10 letzten noch vorhandenen Bestände vernichten möchten. In seinen Augen gab es auf be-
11 hördlicher Seite den Willen, möglichst rasch möglichst viele Dokumente zu vernichten. Dies
12 sei schlicht behördliches illegales Verhalten und schade der ganzen Sache.
- 13 Frau Biondi weist darauf hin, dass es sehr viel Mut brauche, in die eigenen Akten zu schau-
14 en. Oft seien die Autoren der betreffenden Akten nicht mehr am Leben und es sei unbefrie-
15 digend, keine Berichtigung der Geschehnisse anbringen zu können. Viele Betroffene können
16 das nicht – weil sie nicht mehr leben oder es psychisch zu belastend ist – und sie wisse
17 nicht, wie damit umzugehen sei. Der Delegierte antwortet, dass dies zeige, wie wichtig die
18 Unterstützung der Betroffenen ist und dass auch Angehörige in die Akten Einsicht nehmen
19 dürfen.
- 20 Frau Waser führt aus, dass ihr der falsche Inhalt ihrer Akte in einem Strafverfahren negativ
21 angerechnet worden sei.
- 22 Herr Salathé schliesst mit der Aussage, die Akteneinsicht und die damit verbundenen psy-
23 chischen Folgen seien eine höchst komplexe Angelegenheit. Er habe auch nach 20-jähriger
24 Erfahrung noch kein Rezept dafür. Die staatlichen Archive müssten die nötige Zeit für die
25 Betroffenen aufwenden und sich den auftretenden Problemen stellen. Er habe grosses Ver-
26 ständnis für den Wunsch der Betroffenen, unkorrekte Akten zu vernichten. Aber für das Bun-
27 desarchiv, die grossen Stadtarchive und die Staatsarchive sei er sich sicher, dass mit den
28 entsprechenden Akten korrekt umgegangen werde. Auch die Staatsarchive zeigten lange
29 kein Interesse an diesen Akten – weil sie oft unterdotiert waren. Er sei froh um die Existenz
30 des RT.
- 31 Frau Biondi möchte noch wissen, nach welchen Kriterien Akten herausgegeben werden,
32 denn ihre Akten enthielten Informationen zu anderen Personen. Es existiere eine Gratwan-
33 derung zwischen dem Persönlichkeitsschutz Dritter und der Einsicht in die Akten zur eigenen
34 Person. Frau Hilafu plädiert dafür, dass auch die kommunalen Archive und die Zivilstandes-
35 ämter im Umgang mit den Akten sensibilisiert werden.
- 36 Der Delegierte bedankt sich bei Herrn Salathé für sein Kommen und seinen Vortrag.
- 37 **Mittagspause (von ca. 12.42 h – 13.50 h)**
- 38 Der Delegierte informiert, dass der Gesetzesentwurf demnächst vom Gesamtbundesrat be-
39 handelt werden kann.

1 **Stand Umsetzung der Massnahmenvorschläge**

2 Siehe dazu die Übersicht in *Anhang 2* (Seiten 24 – 28).

3 Frau Biondi fragt, was bei einer Beschimpfung, Ehrverletzung, Verleumdung etc. eines Be-
4 troffenen getan werden muss und ob denn die geltenden gesetzlichen Grundlagen ausrei-
5 chen (Massnahmenvorschlag 6.8). Der Delegierte führt dazu aus, dass die internen Abklä-
6 rungen bei der Abteilung Strafrecht ergeben haben, dass die geltende Rechtslage dazu be-
7 reits ausreichend sei und dass in solchen Fällen Anzeige erstattet werden kann.

8 **4. Betroffenenforum**

9 Am 23. März 2015 hat das Betroffenenforum (BF) sein letztes Treffen durchgeführt. Der De-
10 legierte hatte die Leitung übernommen, da Herr Ronzani leider verhindert war. Aus seiner
11 Sicht war das Treffen sehr gut und konstruktiv verlaufen. Er bittet die dort anwesenden Mit-
12 glieder des RT, ihre Sicht der Dinge einzubringen.

13 Frau Hilafu hält das Anliegen diverser Betroffener fest, dass Herr Huonker weiterhin am BF
14 teilnehmen kann. Der Delegierte erwidert, dass aus seiner Sicht keine Einwände dagegen
15 bestehen. Massgeblich sei für ihn, ob die UEK Einwände dagegen habe oder nicht. Frau
16 Waser würde seine Teilnahme ebenfalls begrüßen.

17 Frau Gautschi-Moser fand es frappant, dass aufgrund der hierarchischen Stellung des Dele-
18 gierten die Stimmung am BF anders – ruhiger und entspannter – als sonst war. Zudem sei
19 an den vorherigen Foren oft an Themen gearbeitet worden, die emotional aufwühlend sein
20 können. Dabei könne es dazu kommen, dass Betroffene sich angegriffen fühlen. Alle Be-
21 troffenen kommen mit ihrem ganzen Leid und ihrem Schmerz ins Betroffenenforum. Deshalb
22 könne es leicht passieren, dass jemand unbeabsichtigt einen anderen verletzt und nicht ver-
23 stehen kann, warum der/die andere aufgebracht reagiert.

24 Der Delegierte hält fest, dass er bisher vermieden hat, am BF dauernd präsent zu sein, weil
25 er die Diskussion im Rahmen des BF nicht beeinflussen wollte.

26 Frau Hilafu möchte aufgrund verschiedener Anfragen gerne wissen, was genau unter einem
27 Härtefall zu verstehen sei. Der Delegierte führt aus, dass diese Klärung gerne am nächsten
28 Forum vorgenommen bzw. diskutiert werden könne: die Wiedergutmachungsinitiative ver-
29 wende diesen Begriff, der Gegenentwurf des Bundesrates verwende die Unterscheidung
30 Opfer – Betroffene.

31 Das nächste BF wird am 26. Oktober 2015 stattfinden.

32 **5. Arbeitsgruppen**

33 *[Dieses Traktandum wurde dem Traktandum 5 vorgezogen.]*

34 Herr Brand informiert über den Stand der Arbeitsgruppen (AG). Beide Arbeitsgruppen sind
35 konstituiert.

36

1 **5.1. Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit**

2 Diverse Informationsaktivitäten seien am Laufen, zudem stehe die parlamentarische
3 Debatte bald an und es ist der Wunsch aufgetreten, diese Aktivitäten zu koordinie-
4 ren. Die erste Sitzung wird noch vor den Sommerferien (22., 23. oder 25. Juni) statt-
5 finden. Herr Brand wird dazu eine doodle-Umfrage verschicken.

6 Protokollanmerkung: Die erste Sitzung findet am 1. Juli von 14 bis 16 Uhr
7 statt.

8 Mitglieder:

9 Vertretung Opfer und Opferorganisationen:

- 10 – Alfred Ryter
- 11 – Willy Mischler
- 12 – Uschi Waser
- 13 – Jean-Louis Claude
- 14 – Ursula Biondi

15 Vertretung Betroffenenforum:

- 16 – Marco Ronzani

17 Vertretung Behörden:

- 18 – Luzius Mader
- 19 – Margrit Hanselmann
- 20 – Reto Lindegger

21 Bei Bedarf wird der Mediensprecher des BJ, Folco Galli, diese AG unterstützen.

22 Frau Hilafu möchte wissen, ob die AG Öffentlichkeit nicht um den Inhalt der andisku-
23 tierten AG Wahrheitsfindungskommission erweitert werden könnte. Herr Brand ent-
24 gegnet, dass dies an der ersten Sitzung der AG Öffentlichkeitsarbeit diskutiert wer-
25 den könne.

26 Die AG Öffentlichkeit wird an ihrer ersten Sitzung – wie erwähnt – ihre Aufgaben klä-
27 ren. An dieser Stelle dankt er auch Herrn Ryter und Frau Biondi stellvertretend für al-
28 le, die in diesem Bereich bereits tätig sind. In den Augen des Delegierten könnten
29 diese Tätigkeiten durch die AG unterstützt werden (Musterreferate verfassen?). Was
30 er eher nicht sieht, ist die medienmässige Begleitung der Gesetzesvorlage, da dafür
31 die Kommunikationsdienste zuständig seien.

32 **5.2. Arbeitsgruppe U65**

33 Die Betroffenen haben den Lead in dieser Gruppe, das BJ wird nur im Hintergrund
34 unterstützend wirken. Die besprochenen Anliegen werden aber auch die Ü65 betref-
35 fen (dürfen). Es handelt sich um Gebiete wie die Sozialhilfe, die Steuerämter, den
36 Arbeitsmarkt, die Invalidenämter, die Betreibungs- und Konkursämter, etc. Ziel die-
37 ser AG sei das Bilden einer Plattform; Behördenvertreterinnen sollen sich den Anlie-
38 gen der Betroffenen annehmen. Eine erste Sitzung wurde bereits durchgeführt (26.
39 Mai 2015). Lisa Hilafu, Gabriela Merlini, Robert Blaser und Andreas Jost haben di-
40 verse Fragen gestellt und die Behördenmitglieder hätten zuerst vor allem zugehört.

41 Protokollanmerkung: Dorothee Guggisberg (SKOS), Diana Wider (KESB),
42 Roger Schober (Betreibungsamt), Ralf Kocher (IV); abwesend: Daniela Riva
43 (SECO)

1 Später habe sich daraus eine Diskussion entwickelt. Frau Biondi hält dazu fest, dass
2 sie diversen Betroffenen mitgeteilt habe, dass es keine Diskriminierung aufgrund des
3 Alters geben werde und auch die Anliegen der Ü65 angesprochen werden. Herr
4 Cevey wollte wissen, inwiefern die Menschen, die nicht in der AG beteiligt sind, über
5 den Gesprächsinhalt informiert werden. Frau Hilafu hat das Protokoll verfasst, wel-
6 ches von Herrn Brand überarbeitet wurde und nun allen zugänglich gemacht wird.
7 Der Delegierte bejaht die Anfrage von Herrn Cevey, ob eine französische Fassung
8 des Protokolls erstellt werde.

9 Herr Huonker findet die Nichtgewährung von Sitzungsgeldern falsch, dies sei am fal-
10 schen Ort gespart, da die Tätigkeit von öffentlichem Nutzen sei. Er bittet, dass auf
11 diesen Entscheid nochmals zurückgekommen wird. Herr Jost bemerkt zum Taggeld,
12 dass es die Meinung war, dass die Betroffenen und die Behörden sich auf Augenhö-
13 he begegnen können. Dies sei ohne finanzielle Entschädigung nicht gegeben. Er
14 habe seinen Laden für die Zeit der Sitzung schliessen müssen. Der Delegierte nimmt
15 die Bitte um finanzielle Entschädigung der Kommissionsarbeit entgegen, könne aber
16 nichts versprechen, da sein Budget bereits überschritten sei. Er gehe aber davon
17 aus, dass mit der Organisation der AG von Seiten BJ eine Plattform zur Verfügung
18 gestellt wird, die allen Betroffenen zugute kommt.

19 Herr Jost legt in der Folge seine Sicht der Sitzung dar (s. *Anhang 3*, Seite 29). Herr
20 Jost fügt an, dass der Delegierte die Betroffenen gebeten habe, die AG um eine wei-
21 tere betroffene Person zu erweitern. Gewünscht wird eine Person aus der West-
22 schweiz, die auch der deutschen Sprache mächtig ist. Vorschläge sind willkommen.

23 Der Delegierte führt aus, dass es keinesfalls darum gehe, die Ü65 zu benachteiligen.
24 Es gebe aber Anliegen der Personen im erwerbsfähigen Alter, die andersartig gela-
25 gert seien als bei Menschen, die sich schon im AHV-Alter befänden. Die Rolle des
26 BJ sei eine Vermittlerrolle. Die meisten vorgebrachten Anliegen betreffen das BJ
27 nicht (IV, Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess, etc.). Diese sektoriellen Anlie-
28 gen sollen künftig in einer Gesamtsicht betrachtet werden können und hierzu soll
29 das BJ vermittelnd und koordinierend wirken.

30 Betreffend Wahrheitskommission möchte der Delegierte festhalten, dass es sich für
31 ihn hierbei um etwas anderes handle und es für ihn wenig Sinn mache, wenn der RT
32 nun noch eine Wahrheitskommission bilden würde. Für ihn ist es nun zunächst Auf-
33 gabe der wissenschaftlichen Aufarbeitung, Grundlagen zu erarbeiten. Vielleicht ma-
34 che es für die Nutzung und Valorisierung der wissenschaftlichen Ergebnisse Sinn,
35 eine solche Wahrheitskommission zu schaffen. Da auch das Thema der Versöh-
36 nung, eingebracht durch Herrn Ronzani, zurückgestellt worden sei, würde es für ihn
37 Sinn machen, dies mit der Wahrheitsfindungskommission ebenfalls zu tun.

38 Frau Hilafu merkt an, dass die Mitwirkung der Betroffenen an der Öffentlichkeitsar-
39 beit sehr wichtig und ihr deshalb die Wahrheitskommission so wichtig sei. Der Dele-
40 gierte bestätigt dieses Anliegen und hält fest, dass das eine das andere nicht aus-
41 schliesse. Es sei sehr wichtig, dass Betroffene von ihrer Situation berichten und es
42 sei auch nichts so glaubwürdig, wie die direkte Kommunikation durch und von den
43 Betroffenen. Zudem ist auch der Bericht über das eigene Schicksal wichtig für die
44 persönliche Verarbeitung.

45 Der Delegierte berichtet, dass verschiedene Vertreter des Parlaments, Vertreter der
46 SAPEC und der Bischofskonferenz eine Kommission (Arbeitstitel CECAR) für die
47 Opfer sexuellen Missbrauchs durch Kirchenvertreter bilden wollen und insbesondere
48 die Opfer anhören möchte. Sie bemühen sich um eine Versöhnungs- bzw. Vermitt-
49 lungslösung, sowie um schiedsgerichtliche Lösungen und Entschädigungen. Zuerst

1 soll dies für die Westschweiz geschaffen und in der Folge auch für die anderen Re-
2 gionen übernommen werden. Weil es mit der Arbeit der RT Überschneidungen gebe,
3 sei der Delegierte dort dabei.

4 Frau Aebischer lehnt den Begriff "Wahrheitskommission" ab, fände es aber wichtig,
5 dass Betroffene verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern von Behörden gegen-
6 übersitzen können um diesen ihre Geschichte erzählen zu können. Sie sähe dies als
7 künftige Aufgabe des RT. Der Delegierte dankt für diesen Vorschlag und ist offen für
8 weitere Ideen. In seinen Augen wird der nächste RT vom Gesetzesentwurf geprägt
9 sein, aber es könnte auch Zeit eingeräumt werden für derartige Anliegen.

10 Herr Cevey führt dazu aus, dass sein Bruder sehr stark unter Pädophilie gelitten ha-
11 be und davon stark geprägt sei. Es wäre für ihn wie auch für verschiedene andere
12 Leute eine Qual, ihre Geschichte erzählen zu müssen. Der Delegierte führt dazu
13 aus, dass für ihn klar sei, dass dies allein auf Freiwilligkeit beruhen dürfe. Der Dele-
14 gierte geht auch davon aus, dass sich die Aufgaben des RT in Zukunft wohl verän-
15 dern werden.

16 Frau Hilafu hält fest, dass sie von 21 im Themenfeld der Adoption involvierten Orga-
17 nisationen für eine Anhörung in der parlamentarischen Kommission für Rechtsfragen
18 betreffend die Lockerung des Adoptionsgeheimnisses beauftragt worden sei. Drei
19 bis vier Personen sollten teilnehmen können. Dies habe sie auch mit dem Kommis-
20 sionssekretariat und Herrn Rüetschi (BJ) so abgesprochen. Leider sei sie aber im-
21 mer vertröstet worden. Sie bittet den Delegierten darum, sich um die Organisation
22 dieses Treffens zu kümmern. Der Delegierte habe keinen Einfluss auf die Traktan-
23 denliste der Kommission, sei allerdings gerne bereit, das Anliegen einer Anhörung
24 dieser Opferorganisationen mit Herrn Rüetschi, dem Kommissionssekretariat und
25 dem Kommissionspräsidium zu besprechen. Er könne nicht garantieren, dass diese
26 – wie ursprünglich geplant – am 25. Juni stattfinden werde, aber er werde sich dafür
27 einsetzen, dass eine Anhörung stattfinden könne.

28 Frau Biondi möchte diese Gelegenheit nutzen, dem Delegierten zu danken, dass er
29 sich dafür eingesetzt hat, den Sohn der im Sterben liegenden Maria Magdalena Is-
30 cher ausfindig zu machen.

31 **6. Wissenschaftliche Aufarbeitung: Unabhängige Expertenkommission / NFP (Vor- 32 stellung Stand der geplanten Forschungsarbeiten)**

33 Der Delegierte begrüsst den Kommissionspräsidenten, Herrn Notter und übergibt ihm das
34 Wort für die Vorstellung des Auftrags, der Arbeitsweise und der Tätigkeit der UEK.

35 Der Auftrag der UEK ist die massnahmenorientierte Untersuchung der administrativen Ver-
36 sorgungen in der Schweiz vor 1981 zuhanden der Behörden.

37 Mitwirkende:

- 38 – Die UEK umfasst 9 vom Bundesrat gewählte Mitglieder (Geschichte, Psychiatriege-
39 schichte, Rechtswissenschaften, Soziale Arbeit, Staatsarchive)
- 40 – Sekretariat: Zwei wissenschaftliche Mitarbeitende (Sara Zimmermann, Elie Burgos)
41 zu je 80%
- 42 – ca. 20 wissenschaftliche Mitarbeiter/innen (durchschnittlich 80%)

43 Die Unabhängigkeit sei gewährleistet und die Mitglieder sorgen dafür, dass es zu keinen
44 Konflikten mit anderen Mandaten von ihnen kommen könne.

45

46

1 Organisation:

2 Vorgesehen seien fünf Forschungsgruppen (entsprechend den Forschungsfeldern A. bis E.)
3 von je ca. vier bis fünf Mitarbeitenden, wobei die Aufsicht durch Fachausschüsse (UEK-
4 Mitglieder) wahrgenommen werde.

5 Kommunikation/Publikation:

6 Die Idee sei eine fortlaufende Information während der gesamten Laufzeit (2015-2018). Dies
7 soll erreicht werden durch den Austausch mit dem RT, aktive Medienarbeit, einem Internet-
8 auftritt, mit Tagungen, Workshops, Vorträgen und Klausuren, der Mitwirkung an Ausstel-
9 lungsprojekten und schliesslich dem Schlussbericht.

10 Forschungskonzept:

11 Protokollanmerkung: Der erste Entwurf des Forschungskonzepts kann beim UEK-
12 Sekretariat (sara.zimmermann@uek.admin.ch) bezogen werden.

13 Gestützt auf das Forschungskonzept werden detailliertere Forschungsaufträge erteilt werden
14 können. Es werde zurzeit international begutachtet und soll auch mit den Mitgliedern des RT
15 im Rahmen eines halbtägigen Workshops, der im September durchgeführt werden soll, noch
16 besprochen werden.

17 Herr Lengwiler stellt die Forschungsfelder vor (anbei eine Kurzzusammenfassung, vgl. *An-*
18 *hang 4*, Seiten 30 – 32 für die PowerPoint Präsentation):

19 A. Quellen-Datenbank und Vermittlungsplattform (Grundlagenfeld, Querschnittsres-
20 source für die anderen Themen) | Ausschuss: Beat Gnädinger, Thomas Huonker,
21 Loretta Seglias

- 22 – Eine vorgesehene Quellen-Datenbank soll die Querschnittsressource für die
23 Projekte der Forschungsfelder B. bis E. bilden.
- 24 – Hierbei geht es vor allem um Interviews mit Betroffenen und Vertretern von
25 Einrichtungen und um die Auswertung des bereits bestehenden Quellen-
26 Bestands.
- 27 – Zudem soll eine "Online-Vermittlungsplattform" zur Gewährung eines aktuellen
28 Einblicks in die laufenden Forschungsarbeiten geschaffen werden.

29 B. Überblick und Rechtsgrundlagen | Ausschuss: Jacques Gasser, Lukas Gschwend,
30 Anne-Françoise Praz

- 31 – Der Bereich der administrativen Versorgungen war sehr föderalistisch geregelt
32 und die einzelnen Gesetze und Konkordate müssen dadurch im Detail ange-
33 schaut werden.
- 34 – Bis jetzt seien vier Projekte vorgesehen: ein statistischer Überblick, die Aufar-
35 beitung der diversen Rechtsgrundlagen, die Analyse des politischen Prozes-
36 ses und der öffentlichen Debatte im Vorfeld der Schaffung der entsprechen-
37 den rechtlichen Grundlagen und im Lichte des gesellschaftlichen Umgangs
38 mit der administrativen Versorgung. Es gehe hierbei auch um die Legitimie-
39 rung und Delegitimierung der Geschehnisse, z.B. die Aufarbeitung der media-
40 len Begleitung dieser Praktiken.

41 C. Rechtspraxis und Expertise | Ausschuss: Jacques Gasser, Lukas Gschwend,
42 Thomas Huonker

- 43 – Dieses Forschungsfeld ist stark rechtswissenschaftlich ausgelegt und fragt
44 danach, wie der genaue Verfahrensablauf war, welche Behörden involviert
45 waren, welche Rechte den Betroffenen gewährt wurden etc. Zudem werden

1 Begründungsfiguren, Entscheidungsprozesse und die wissenschaftliche Ex-
2 pertise unter die Lupe genommen. Dies beinhalte die Frage nach den "ge-
3 suchten" Menschbildern, den Methoden, etc. Schliesslich umfasse dieser
4 Punkt noch die Aufsichtspraxis.

5 D. Anstaltspraxis | Ausschuss: Gisela Hauss, Martin Lengwiler, Anne-Françoise Praz

6 – In diesem Forschungsfeld müsse exemplarisch vorgegangen werden, weil
7 nicht alle Anstalten im Detail untersucht werden können (verwaltungshistori-
8 sche Perspektive). Es werden stellvertretend einige Anstalten analysiert um
9 die Anstaltspraxis und den Massnahmenvollzug analysieren zu können. Wei-
10 ter soll die Entlassungspraxis aus den Anstalten und die ökonomische Dimen-
11 sion der administrativen Versorgungen angesprochen werden. Dieser letzte
12 Punkt umfasse auch die Thematik der Sparhefte.

13 E. Biografien und Lebensläufe | Ausschuss: Gisela Hauss, Martin Lengwiler, Loretta
14 Seglias

15 – Zwei Projekte bilden das Forschungsfeld: Erfahrungen in Heimen und Anstal-
16 ten einerseits und individuelle Langzeitfolgen andererseits. Hier werde insbe-
17 sondere mit den unter Punkt A. erarbeiteten Biographien gearbeitet werden.

18 Herr Huonker merkt an, dass er insbesondere im Bereich E. tätig sein wird. Die Anlaufstelle
19 für alles sei aber das Sekretariat. Frau Seglias führt an, dass versucht werde, bereits existie-
20 rende Interviews in die Arbeit zu integrieren. Insbesondere zu Beginn der Arbeiten sollen
21 viele Interviews durchgeführt werden.

22 Herr Huonker führt aus, dass er immer wieder Anfragen aus den Kantonen erhalten habe, ob
23 diese jetzt keine eigene Forschungsarbeit mehr betreiben müssten. Die UEK unterstützt die-
24 se kantonalen Projekte und arbeitet gerne mit ihnen zusammen, kann aber nie alles alleine
25 aufarbeiten und ist somit auf diese angewiesen. Auch gehe die UEK noch immer davon aus,
26 dass das NFP zustehen kommen wird und die Arbeit der UEK somit ergänzt werden kann.

27 Frau Biondi stört sich daran, dass immer von "Anstalten" gesprochen werde, sie selber sei
28 aber ohne Verurteilung in einem Gefängnis gewesen. Herr Notter antwortet darauf, dass die
29 UEK sich auf die Selbstbezeichnung der Institutionen selber beziehe. Der Delegierte führt
30 aus, dass der Begriff Anstalt aus seiner Optik korrekt sei und, dass es sowohl Gefängnis-
31 anstalten wie auch Erziehungsanstalten gab. Es sei gerade Sache der UEK, die mit diesen
32 Anstalten zusammenhängenden sozialen Stigmatisierungen aufzuarbeiten. Herr Ryter möch-
33 te wissen, ob auch mit Verdingkindern Interviews durchgeführt werden sollen. Herr Lengwiler
34 bemerkt, dass der Auftrag der UEK die Aufarbeitung der administrativen Versorgungen sei.
35 Die Verdingkinder gehören zum Themenfeld des angestrebten NFP. Aber da es sehr viele
36 Mehrfachbetroffene gibt, werden auch viele Verdingkinder zur Sprache kommen. Herr Notter
37 fügt an, dass die UEK zwar diesen Schwerpunkt der administrativen Versorgungen habe,
38 aber da die Verbindung zu allen anderen administrativen Massnahmen und Fremdplatzie-
39 rungen zu schaffen sei, wird auch hier ein Berührungspunkt existieren.

40 Frau Gautschi-Moser möchte wissen, ob die 2. Generation inbegriffen werde, was von Herrn
41 Notter bejaht wird – unter E. Langzeitfolgen.

42 Frau Keller ist sehr froh, dass es vorwärts geht und möchte, dass den Geschlechterstereoty-
43 pen bei allen Punkten Aufmerksamkeit geschenkt werde. Gerade am Beispiel Hindelbank
44 könne dies gut aufgezeigt werden. Zudem freue sie sich über den Workshop, bittet aber da-
45 rum, dass nicht zu kurzfristige Termine angesetzt werden.

46 Frau Aebischer möchte wissen, wie die Interviewer auf den Umgang mit den Gefühlen der
47 Betroffenen der *oral history* vorbereitet werden. Zudem erscheint es ihr wichtig, dass die

1 Vermittlung nicht nur durch ein Buch geschehe. Herr Notter sei sich bewusst, dass die For-
2 schenden einer Begleitung bedürfen. Auch Frau Seglias unterstreicht die Wichtigkeit dieser
3 Thematik (bereits diskutiert hätten sie dazu Möglichkeiten wie die Beschränkung der Anzahl
4 Interviews pro Person, Einrichtung einer Supervision, etc.). Herr Notter sei sich sehr wohl
5 bewusst, dass die Kulturvermittlung wichtig sei, die UEK wisse noch nicht genau, wie die
6 Ergebnisse konkret zu präsentieren sind.

7 Frau Hilafu möchte wissen, wie die Aufarbeitung der Situation der Zwangsadoptionen aus-
8 gestaltet werde. Der Delegierte zeigt die Aufteilung der Aufgaben der UEK und des geplan-
9 ten NFP in der Folge an einer fiktiven Biographie nochmals auf und verweist damit darauf,
10 dass viele Opfer mehrfach betroffen waren. Mit dem NFP soll eine umfassende Sicht erreicht
11 werden.

12 Frau Hilafu macht dem Delegierten beliebt, nicht von jungen Müttern zu sprechen, da viele
13 der betroffenen Mütter bereits über 30 Jahre alt waren. Frau Biondi ist es wichtig, dass die
14 Kinder, die aufgrund der Kindswegnahme einer unverheirateten Mutter stigmatisiert worden
15 seien, rehabilitiert werden. Der Delegierte weist darauf hin, dass dies vom Gesetzesvor-
16 schlag so vorgesehen werde. Zudem weisen alle Voten darauf hin, wie wichtig und sinnvoll
17 das gewählte Vorgehen erscheine, dass zuerst mit den administrativ Versorgten begonnen,
18 die Forschung aber auf alle Opfergruppen ausgeweitet werde.

19 Frau Hanselmann stellt die Frage, an wen die Kantone sich für die Koordination ihrer For-
20 schungsarbeiten mit jenen der UEK wenden sollen. Herr Notter bittet, dass das Sekretariat
21 der UEK konsultiert werde. Herr Lengwiler ergänzt, dass die UEK für die nächsten vier Jahre
22 die Ressourcen haben werde, als Drehscheibe und Koordinationsstelle für die verschiedens-
23 ten Forschungsbestrebungen zu dienen. Zudem arbeite die UEK an einer Internetplattform.

24 Frau Hilafu möchte, dass die Spazzacamini und die Schwabengänger in der Forschung Ein-
25 gang finden. Der Delegierte erwähnt, dass auf Parallelen sicherlich eingegangen werden
26 könne. Es werden auch Verdingungen auf rein privater Basis einbezogen, weil es einen Be-
27 zug zur staatlichen Aufsicht gibt, die hätte greifen müssen.

28 **7. Varia**

29 **7.1. Anlaufstellentreffen vom 11. Juni 2015**

30 Frau Hanselmann hat bereits darüber informiert und habe beim Mittagessen auch
31 schon Inputs erhalten. Sie bittet darum, dass weitere Anliegen an sie getragen wer-
32 den.

33 **7.2. Medienmitteilung zur Soforthilfe zusammen mit der Glückskette vom 12. Juni** 34 **2015**

35 Frau Biondi fragt, ob eine Medienmitteilung zum heutigen RT veröffentlicht werde.
36 Dies wird vom Delegierten verneint mit dem Hinweis, dass nach dem Bundesratsent-
37 scheid vom 24. Juni eine Medienmitteilung erscheinen wird.

38 **9.3 Austritte RT**

39 Frau Seglias ist heute zum letzten Mal am RT anwesend und bedankt sich für die
40 vom RT geleistete Arbeit. Sie hätte nicht erwartet, dass in zwei Jahren so viel er-
41 reicht werden könne.

42 Der Delegierte führt dazu aus, dass er sich – auch in Bezug auf Herrn Huonker und
43 Herrn Lengwiler – nicht getraut hätte, von einer Verabschiedung zu sprechen, da alle
44 drei ihm Rahmen der Arbeit der UEK gelegentlich wieder im Rahmen des RT anzu-
45 treffen seien.

1 Für den nächsten RT wird eine doodle-Umfrage für die erste Hälfte Oktober 2015 gemacht.
2 Die Idee dahinter ist die Vermittlung der Vernehmlassungsergebnisse und die Präsentation
3 des weiteren Vorgehens, insbesondere mit Blick auf die Botschaft, die im Schnellzugstempo
4 nach Ende September erstellt werden muss.

5 Der Delegierte bedankt sich auch für das Gastrecht im Haus der Kantone sowie bei den
6 Übersetzerinnen und dem Techniker des Haus der Kantone für ihre wertvolle Arbeit. Frau
7 Waser schliesst sich diesem Dank an.

8

Sitzungsende: 16.20 Uhr

1

Anhang 1

2 **Psychopharmakaforschung an der Grenze**

3 Zu einem wissenschaftlichen Forschungsprojekt des Kantons Thurgau

4 *Referat von André Salathé, Staatsarchivar des Kantons Thurgaus vor dem Runden Tisch am*
5 *8. Juni 2015, 11.30 Uhr, Bern*

6

7 Sehr geehrte Damen und Herren

8 Am 20. November 2012 berichtete der „Tages-Anzeiger“, der Fischinger Internatsschüler
9 Walter Nowak sei ab März 1970 knapp zwei Jahre lang in Münsterlingen ambulant psychiat-
10 risch behandelt worden; dabei habe man ihm auch das als Medikament nicht zugelassene
11 Präparat G 35 259 – G steht für Geigy – sowie weitere nicht zugelassene Substanzen (z. B.
12 Ketotofranil und ein unspezifisches „Ciba-Mittel“) verabreicht. Indizien sprächen dafür, dass
13 auch andere Kinder und Jugendliche des ehemaligen Internats Fischingen in Münsterlingen
14 mit nicht zugelassenen Medikamenten „behandelt“ worden bzw. in klinische Medikamenten-
15 versuche involviert gewesen seien, ohne dass sie oder ihre Vormünder davon gewusst hät-
16 ten.

17 Mit diesem Artikel wurde aus dem Fall Fischingen ein Fall Münsterlingen bzw. ein Fall Ro-
18 land Kuhn. Die Vorgänge im ehemaligen Kinderheim Fischingen sind – wie Sie wohl wissen
19 werden – unterdessen untersucht worden. Der entsprechende Bericht wurde im Mai 2014
20 der Öffentlichkeit vorgestellt. Er erscheint im August dieses Jahres erweitert auch in Buch-
21 form; der Historische Verein des Kantons Thurgau, den ich präsidiere, hat sich dafür einge-
22 setzt. Wir werden dem Runden Tisch ein paar Exemplare zur freien Verfügung schicken.

23 Doch zurück zu Münsterlingen!

24 Münsterlingen liegt auf der thurgauischen Kantongrenze am Ufer des Bodensees, nahe bei
25 Kreuzlingen und Konstanz. Dort wurde vom jungen Kanton Thurgau 1840 eine Psychiatri-
26 sche Klinik eingerichtet – damals eine der ersten in der Schweiz. Die Klinik wurde in der Fol-
27 ge kontinuierlich fortentwickelt. In den 1890er-Jahren wurde sie nach dem sog. Pavillonsys-
28 tem – nicht eine grosse Kasernenanlage, sondern einzelne Häuser – erheblich vergrössert.
29 Wenn ich richtig sehe, war das eine schweizerische Pioniertat; andere Kliniken gingen erst
30 später zu diesem System über. Die Klinik war in ihrer Geschichte durchaus ein paar Mal sehr
31 fortschrittlich, aber sie wurde finanziell oft auch kurz gehalten und kannte rückständige Pha-
32 sen. Von 1939 bis 1970 wurde sie von einem Doppelgespann geleitet: von Adolf Zolliker als
33 Direktor und von Roland Kuhn als Oberarzt und stellvertretender Direktor. Beiden war ge-
34 meinsam, dass sie Rorschach-Test-gläubig bis zum „Geht-nicht-mehr“ waren, u. a. wohl
35 auch deshalb, weil Rorschach seinen Test zwischen 1909 und 1913 in Münsterlingen zu
36 entwickeln begonnen hatte. Es liegen im Archiv Hunderttausende von Rorschach-Tests mit
37 Patientinnen und Patienten vor, die Kuhn immer wieder von neuem wissenschaftlich ausge-
38 wertet hat. Doch hatte jeder der beiden auch sein Steckenpferd. Zolliker widmete sich jahr-
39 zehntelang der Humangenetik und fertigte Zehntausende von Ahnentafeln und Stammbäu-
40 men an, die alle noch vorhanden sind. Kuhn dagegen wechselte, als sich die Rorschach-
41 Test-Forschung irgendwie totzulaufen schien, zur Psychopharmakaforschung. Er hatte
42 schon früh ein gewisses Talent für Chemie und Pharmazie gezeigt, und das kam nun ab ca.
43 1950 wieder voll zum Tragen. Bis ca. 1972 betrieb er – in Verbindung mit verschiedenen
44 Pharmafirmen wie Geigy, Ciba, Sandoz, Wander u. a. – in Münsterlingen Psychopharmaka-
45 Forschung. Durch seine Entdeckung der antidepressiven Wirkung von Imipramin im Jahr
46 1957 wurde er schnell zu einer weitherum akzeptierten Kapazität auf dem Gebiet. 1958 kam
47 Imipramin als Tofranil auf den Markt. Das Präparat wird noch heute eingesetzt. Kuhn war im

1 Gefolge des berühmten Kreuzlinger Psychiaters Ludwig Binswanger ein Anhänger der Da-
2 seinsanalyse. Ohne Zweifel hängt seine Entdeckung mit seinem phänomenologisch-
3 daseinsanalytischen Ansatz zusammen.

4 Doch zurück zum Tages-Anzeiger-Artikel!

5 Der Artikel löste eine eigentliche Medien-Kampagne aus, in der sich auch die „Thurgauer
6 Zeitung“ und der „Beobachter“ engagierten, später auch andere Medien. Das Staatsarchiv
7 des Kantons Thurgau hatte schon im Jahr 2005 das Archiv der Psychiatrischen Klinik Mün-
8 sterlingen inkl. die Krankengeschichten aus dem Zeitraum von 1840 bis 1980 übernommen,
9 geordnet und detailliert erschlossen. Darin befanden sich auch sechs Dossiers zur Psycho-
10 pharmakaforschung von Roland Kuhn. Diese wenigen Dossiers machte das Staatsarchiv auf
11 Gesuch hin nacheinander dem „Tages-Anzeiger“, der „Thurgauer Zeitung“ und dem „Be-
12 obachter“ zugänglich. Es ist eindrücklich, wie auf dieser relativ schmalen Quellenbasis doch
13 drei fundierte Artikel zum Thema zustande kamen und die Diskussion, an der sich auch viele
14 Leserbriefschreiber, pro und contra Kuhn, beteiligten, belebten.

15 Schon 2005 hatte das Staatsarchiv vermutet, dass die sechs Dossiers im Klinikarchiv nur
16 eine Zufallsüberlieferung zum Thema waren, und es hat sich deshalb bei Roland Kuhn er-
17 kundigt, ob noch mehr vorhanden sei. Es war mehr vorhanden, sogar sehr viel mehr, und
18 Kuhn zeigte sich über das Angebot des Staatsarchivs, sein Privatarchiv zu übernehmen,
19 sehr erfreut. Aber schon wenige Wochen später starb er hochbetagt. – Die Verhandlungen
20 mit Erbgemeinschaften sind in jedem Fall schwierig, und so versandeten 2007 schliesslich
21 auch die Bemühungen des Staatsarchivs um das Archiv Kuhn.

22 Als Kuhn Ende 2012 dann plötzlich ins Rampenlicht des öffentlichen Interesses gerückt wur-
23 de, handelten Staatsarchiv und Regierungsrat des Kantons Thurgau – im Wissen darum,
24 was in Privatbesitz vorhanden war – sofort und gewannen die Erbgemeinschaft dafür, den
25 Nachlass von Roland Kuhn *ungeschmälert* dem Staatsarchiv zu übereignen. Da ich das Ma-
26 terial schon 2005 gesehen hatte, kann ich heute dafür einstehen, dass es über Weihnach-
27 ten/Neujahr 2012/13 wirklich vollständig ins Staatsarchiv übernommen werden konnte. Für
28 die sofortige archivarische Bearbeitung dieses wichtigen Bestands hat der Regierungsrat im
29 Februar 2013 einen Sonderkredit von Fr. 160'000.– gesprochen. Vor ein paar Wochen ist
30 diese Bearbeitung zum Ziel gekommen. Der Nachlass Kuhn umfasst 5000 Dossiers, darun-
31 ter 203 Dossiers zur Psychopharmakaforschung.

32 Das Staatsarchiv des Kantons Thurgau hat in den letzten Jahren fast alle im Kanton vorhan-
33 denen Archivbestände, die für Fragen relevant sind, die der Runde Tisch behandelt, über-
34 nommen und archivarisch bearbeitet. Dazu gehören ausser dem Archiv der Psychiatrischen
35 Klinik Münsterlingen und dem Nachlass von Roland Kuhn die Archive aller Kreis- und Be-
36 zirksbehörden, des kantonalen Untersuchungsrichteramts, der Jugendanwaltschaft, der
37 Strafanstalt Tobel, der Arbeitserziehungsanstalt Kalchrain, des Armenerziehungsvereins, des
38 Hilfsvereins für Gemüskranke, des Seraphischen Liebeswerks, des Kinderheims Fisingen
39 usw. usf. Ja, wir haben in unserem Kanton selbst die Vormundschaftsakten aller 80 Gemein-
40 den seit 1962 im Staatsarchiv zentralisiert. Für die Beantwortung aller Fragen an unsere kan-
41 tonale Anlaufstelle – in unserem Fall das Staatsarchiv selber –, und für alle kommenden For-
42 schungen kann das Staatsarchiv Thurgau somit eine ausgezeichnete Quellenbasis bieten.
43 Wenn in letzter Zeit ein paar thurgauische Fälle publik geworden sind, so wohl nicht deshalb,
44 weil der Thurgau früher rigider als andere Kantone funktioniert hätte, sondern eher deshalb,
45 weil wir im Thurgau die Hausaufgaben in Sachen Archivierung der entsprechenden Unterla-
46 gen viel früher als andere gelöst haben.

47 *Ein* Projekt will der Kanton Thurgau nun aber selber realisieren. Am 26. Mai 2015 hat der
48 Regierungsrat für das Forschungsprojekt „Psychopharmakaforschung von Prof. Dr. Roland
49 Kuhn in der Psychiatrischen Klinik Münsterlingen 1948–1972“ Fr. 750'000.– bewilligt. Gleich-

1 zeitig wurde eine Projektgruppe eingesetzt, die das aussergewöhnliche Unternehmen initiieren und begleiten soll. Der Projektgruppe gehören an:

- 3 • meine Wenigkeit als Präsident
- 4 • Monika Dommann, Prof. für Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich
- 5 • Stephan Krähenbühl, Prof. für Klinische Pharmakologie und Toxikologie an der Universität Basel
- 6
- 7 • Daniel Hell, em. Prof. für Klinische Psychiatrie an der Universität Zürich
- 8 • Thomas Geiser, Prof. für Privat- und Handelsrecht an der Universität St. Gallen
- 9 • Martha Monstein, Chefin des Kulturamts des Kantons Thurgau
- 10 • Rainer Andenmatten, Präsident der Ethikkommission des Kantons Thurgau
- 11 • Andreas Keller, Generalsekretär des Departementes für Inneres und Volkswirtschaft
- 12 des Kantons Thurgau

13 Diese Projektgruppe wird das Forschungsprojekt, wohl im August, öffentlich ausschreiben und dann begleiten. Gesucht wird ein geleitetes Forschungsteam von zwei, drei, vier Personen, die allgemeinhistorische, medizinhistorische, chemische, pharmakologische, psychiatrische, allgemeinmedizinische, juristische und ethische Fachkenntnisse besitzen oder geeignet beiziehen werden und die Forschungen in ca. drei Jahren tätigen können.

18 Im Wesentlichen geht es darum, eine Reihe von Fragen aus folgenden drei Bereichen aufgrund des vorhandenen Quellenmaterials wissenschaftlich abzuklären und geschichtlich einzuordnen:

- 21 1. Hundert Fragen zum Umfang und zur Durchführung der klinischen Psychopharmakaforschung in Münsterlingen bzw. zur Verantwortlichkeit von Prof. Dr. Roland Kuhn und seinen Helferinnen und Helfern. Dabei gibt es ein paar Kernfragen, z. B. diejenige, ob sich Kuhn an die jeweiligen wissenschaftlichen Standards gehalten hat, die es ab 1946 mit dem „Nürnberger Kodex“ und seit 1964 mit der „Deklaration von Helsinki“ für Forschungen am Menschen ja gab. Eine zweite Kernfrage geht nach der Bestimmung der Grenze zwischen der wissenschaftlichen Medikamentenforschung im Sinne der erwähnten Standards und dem Einsatz noch nicht zugelassener Präparate zu Therapiezwecken. Dass beides ineinander übergeht, ist bei der Medikamentenforschung nicht zu vermeiden, aber die Frage ist, ob man in Münsterlingen Testpräparate schon zu Heilzwecken verabreicht hat, ohne dass die entsprechenden Patientinnen und Patienten Teil einer wissenschaftlichen Testreihe gewesen sind. Diese Frage ist in der Öffentlichkeit bislang so nicht gestellt worden; sie scheint mir aber sehr relevant zu sein; gerade der Fall Nowak ist diesbezüglich äusserst interessant. Eine dritte Kernfrage in diesem ersten Bereich geht nach den Dosierungen und den Nebenwirkungen der Präparate – auch in einer Langzeitperspektive; sicherlich eine ganz schwierige Frage.
- 38 2. geht es um Fragen zur Verantwortlichkeit der vorgesetzten Behörden von Prof. Dr. Roland Kuhn. Das sind im wesentlichen: der Direktor in Münsterlingen, also der schon erwähnte Humangenetiker Adolf Zolliker, die jeweiligen Kantonsärzte, die jeweiligen Chefs des kantonalen Sanitätsdepartements und der jeweilige Gesamtdirektionsrat. Was haben diese Stellen von den Forschungen Kuhns gewusst, was förmlich abgesegnet, was nicht? Haben sie die Geldflüsse, die es bei solchen Forschungen stets gibt, kanalisiert und wenn ja wie? Usw. usw.
- 45 3. geht es um Fragen zur Verantwortlichkeit der pharmazeutischen Industrie. Im Wesentlichen geht es auch hier um das Problem, inwiefern sich die pharmazeutische In-

1 dustrie auf ihre Art ebenfalls an den „Nürnberger Kodex“ bzw. die „Deklaration von
2 Helsinki“ zu halten gehabt hat oder ob das nur Sache des Arztes vor Ort war. Wie
3 haben sich die Exponenten der pharmazeutischen Industrie, mit denen Kuhn in Kon-
4 takt stand, diesbezüglich verhalten? Es geht aber auch in diesem Bereich um finanzia-
5 elle Aspekte. Wann wurden Gratifikationen, wann Honorare ausbezahlt, wann die
6 Forscher am Gewinn beteiligt? Abgesehen davon, dass es bei unseren Untersuchun-
7 gen auf einer ganz anderen Ebene um die Frage gehen wird, ob die pharmazeutische
8 Industrie ebenfalls noch über Unterlagen über die Vorgänge verfügt und ob sie sie
9 unserem und anderen Forschungsteams zugänglich macht oder nicht. Dies die drei
10 Grossthemenbereiche „Verantwortlichkeit von Roland Kuhn“, „Verantwortlichkeit der
11 vorgesetzten Stellen“ und „Verantwortlichkeit der pharmazeutischen Industrie“. Aber
12 es geht

13 4. selbstverständlich auch darum, die Forschungsergebnisse zu den drei Bereichen ge-
14 eignet zu kontextualisieren, also in Beziehung zu setzen zu ganz verschiedenen an-
15 deren Problembereichen. Ich nenne hier ebenfalls nur ein paar wenige: 1. den Alltag
16 in der Klinik: er dürfte die Forschungen Kuhns auf eine spezifische Art mitbestimmt
17 haben; 2. die spezifische Situation der Psychiatrie Anfang der 1950er-Jahre, wo sie
18 bekanntlich nur brachiale Behandlungsmethoden, die sog. psychiatrischen Kuren,
19 gekannt und sich nach „Wundermitteln“ gesehnt hat; 3. das Problem, ob Kuhn die an-
20 tidepressive Wirkung von Imipramin 1957 eben nicht gerade deswegen erkannt hat,
21 weil er als Daseinsanalytiker von der Phänomenologie her kam und sich gerade nicht
22 an rein naturwissenschaftliche Forschungsmethoden gehalten hat. Und selbstver-
23 ständlich wird es um das Gesamtsystem der verschiedenen Behörden, Kliniken, An-
24 stalten und Heime bzw. ihre Zusammenarbeit oder ihr Zusammenspiel gehen müs-
25 sen, was diesen spezifischen Zugriff auf die Betroffenen, der heute zur Debatte steht,
26 erst möglich gemacht hat.

27 Ich möchte hier betonen, dass bei allen Haupt- und Detailfragen – bei allen ! – der Blick auf
28 die betroffenen Patientinnen und Patienten der Klinik gerichtet bleiben soll. Auch sollen die
29 verschiedenen heiklen Fragen, die in Presseartikeln, Radio- und Fernsehsendungen und
30 Leserbriefen aufgeworfen worden sind, beantwortet werden. Ich kann diese Fragen – wofür
31 Sie zweifellos Verständnis haben – hier gar nicht alle nennen. Aber ich möchte betonen,
32 dass dem Kanton Thurgau an unabhängiger wissenschaftlicher Forschung und Aufklärung
33 viel liegt. Wir werden deshalb sehr darauf achten, dass die Forschungsfreiheit gewahrt
34 bleibt, aber auch, dass die Forscherinnen und Forscher ihre Ergebnisse in *allgemeinver-*
35 *ständlicher* Sprache vorlegen werden. Selbstverständlich hat die Fachwissenschaft Interesse
36 an einem solchen Projekt, aber ebenso haben die Bürgerinnen und Bürger unseres Kantons
37 und darüber hinaus Anrecht auf eine *verständliche* Darlegung der Probleme und eine *ver-*
38 *ständliche* Beantwortung ihrer vielgestaltigen Fragen. Das soll in einem Buch von höchstens
39 450 Druckseiten geschehen. Daneben wird eine Datenbank entstehen, die genau zeigt, wel-
40 che Patientinnen und Patienten in welche Testreihen involviert gewesen sind; nur so können
41 die Fragen einzelner, die seit Monaten an das Staatsarchiv gerichtet werden, beantwortet
42 werden. Es liegt uns daran, ganz präzise darüber Auskunft geben zu können, wer und wie in
43 Kuhns Forschungen involviert gewesen ist.

44 Meine Damen und Herren, ich hoffe nun drei Dinge:

45 1. dass Sie spüren, dass der Kanton Thurgau den Anliegen, die in Ihrem Kreis bespro-
46 chen werden, insgesamt offen gegenübersteht, und dass Sie anerkennen werden,
47 dass wir im Thurgau versuchen, über die allgemeinen Interessen hinaus immer auch
48 die individuellen Interessen und Rechte der einzelnen Betroffenen zusätzlich zu be-
49 rücksichtigen; ein solcher Fall – der Fall des Sparbüchleins von Renata Nydegger, –
50 ist publik geworden; weitere Fälle nicht. Uns geht es nicht um Publizität, sondern um

- 1 sorgfältige Analyse des Einzelfalls und die Umsetzung der daraus gewonnenen Er-
2 kenntnisse.
- 3 2. hoffe ich, dass Sie anerkennen können, dass der Kanton Thurgau mit der Förderung
4 der Untersuchung über das Kinderheim St. Iddazell-Fischingen und mit dem For-
5 schungsprojekt über die Psychopharmaforschung in Münsterlingen einen gewichtigen
6 Beitrag an die Erhellung einer in Vielem höchst problematischen Vergangenheit leis-
7 tet; und
- 8 3. hoffe ich, dass Sie erleichtert darüber sind, dass Staatsarchiv und Regierungsrat des
9 Kantons Thurgau alles getan haben, um die Akten, die diese problematische Vergan-
10 genheit dokumentieren, zu sichern, archivarisch aufzuarbeiten und den Betroffenen
11 selber sowie der Forschung zur Verfügung zu stellen.
- 12 Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

- 1
- 2 **Pendenzenliste zu den Massnahmen RT**
- 3 **1. Anerkennung des Unrechts**

Massnahme	Zeitplan
Errichtung Mahn- bzw. Denkmal oder Gedenkstätte	Die Umsetzung dieser Massnahme ist für die Zeit nach der wissenschaftlichen Aufarbeitung vorgesehen.

- 4 **2. Beratung und Betreuung**

	Massnahme	Zeitplan
2.1	Finanzielle Unterstützung einer gemeinsamen Plattform für Suchdienst	Wird im Rahmen der Erarbeitung des Gegenvorschlages geprüft.
2.2	Ausdehnung des Geltungsbereichs des Opferhilfegesetzes	Wird im Rahmen der Erarbeitung des Gegenvorschlages geprüft.

- 5 **3. Akteneinsicht / Aktensicherung / Bestreitungsvermerke**

	Massnahme	Zeitplan
3.1	Die Archive sind weiterhin sensibilisiert und in Bezug auf Aktenführung, Aktensicherung und Gewährung von Akteneinsicht durch die Staatsarchive unterstützt. Insb. für die Betroffenen ist es wichtig, dass die Verantwortlichen ein "Gesicht" erhalten und nicht "namenlos" bleiben (wiederholt am 8. RT)	fortlaufend
3.2	Die bisherige Praxis bei der Anbringung von Bestreitungsvermerken wird weitergeführt	fortlaufend
3.3	Übernahme der im Rehabilitierungsgesetz vorgesehenen Vorschriften betr. Archivierung für die zu schaffende Rechtsgrundlage für die Rehabilitierung aller Gruppen von Betroffenen	Wird im Rahmen der Erarbeitung des Gegenvorschlages geprüft.

	Massnahme	Zeitplan
3.4	Der Änderung des Zivilgesetzbuches (Adoptionsrecht) soll erhöhte Priorität eingeräumt werden. Es ist zudem zu prüfen, ob und wie bei Adoptionen bereits vor der Inkraftsetzung der neuen Regelung eine Kontaktnahme ermöglicht werden kann.	Diese Massnahme ist bereits teilweise erfüllt, vergleiche hierzu die Medienmitteilung des BJ vom 28.11.2014 («Adoptionsrecht soll neuen Familienformen Rechnung tragen»).

1 4. Finanzielle Leistungen

	Massnahme	Zeitplan
4.1	Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für einen Solidaritätsfonds	Wird im Rahmen der Erarbeitung des Gegenvorschlages geprüft.
4.2	In Ergänzung zum Solidaritätsfonds: Zuschlag zur AHV-Rente	Wird im Rahmen der Erarbeitung des Gegenvorschlages geprüft.
4.3	Bei der Berechnung der Sozialhilfe, Sozialversicherungsleistungen und weiterer Sozialleistungen (z.B. Bedarfsleistungen) und der Steuerveranlagung soll die Soforthilfe nicht als anrechenbares Einkommen berücksichtigt werden	Diese Massnahme ist erledigt, vgl. das Informationsblatt «Informationen zum Soforthilfebeitrag».
4.4	Information der Betreibungs- und Konkursämter betreffend die Nichtpfändbarkeit der Leistungen der Soforthilfe.	Diese Massnahme ist erledigt, vgl. die Information Nr. 12 des BJ «Unpfändbarkeit der Soforthilfebeiträge für Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen» vom 21. August 2014.
4.5	Berücksichtigung der besonderen Situation von Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen bei der Überprüfung und Festsetzung von Voll- und Teilrenten der IV.	<u>SOFORTHILFE:</u> Das BSV wurde nochmals zum Handeln aufgefordert. <u>SOLIDARITÄTSFONDS:</u> Wird im Rahmen der Erarbeitung des Gegenvorschlages geprüft.

4.6	Ausgestaltung der gesetzlichen Grundlagen des Solidaritätsfonds so, dass eine Pfändung von finanziellen Leistungen an Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen ausgeschlossen wird.	Wird im Rahmen der Erarbeitung des Gegenvorschlages geprüft.
4.7	Ausübung des Ermessensspielraumes bei Gesuchen um Steuererlass von Opfern mit tiefem Einkommen zu ihren Gunsten	sofort und fortlaufend
4.8	GA 2. Klasse auf Lebzeiten	z.Z. offenlassen

1 5. Wissenschaftliche Aufarbeitung

- 2 *Frau Hilafu ist es ein Anliegen, dass den Themen Zwangssterilisation und -abtreibung mehr*
3 *Aufmerksamkeit geschenkt wird.*
4

	Massnahme	Zeitplan
	Einsetzung der unabhängigen Expertenkommission gemäss dem Bundesgesetz über die Rehabilitation administrativ versorgter Personen	Die UEK ist mit Bundesratsentscheid vom 5. November 2014 eingesetzt worden.
5.1	Beauftragung des SNF für die Lancierung eines nationalen Forschungsprogrammes für die umfassende Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen.	Die entsprechende Machbarkeitsstudie ist beim SNF eingereicht worden und das Resultat wird für September 2015 erwartet.
5.2.1	Der Koordination zwischen UEK und NFP sowie der nachhaltigen Vermittlung soll besondere Beachtung geschenkt werden.	Falls das NFP bewilligt wird, ist dies fortlaufend zu gewährleisten.
5.2.2	Schaffung von Anlaufstellen für Zeitzeuginnen und Zeitzeugen	In der wissenschaftlichen Aufarbeitung ist dieser Massnahme fortlaufend Beachtung zu schenken.
5.2.3	Berücksichtigung der Psychiatriegeschichte	In der wissenschaftlichen Aufarbeitung ist dieser Massnahme fortlaufend Beachtung zu schenken.
5.2.4	Berücksichtigung der strafrechtlichen Unterbringung	In der wissenschaftlichen Aufarbeitung ist dieser Massnahme fortlaufend Beachtung zu schenken.

5.2.5	Berücksichtigung der Zweitgeneration (Nachfolgegeneration)	In der wissenschaftlichen Aufarbeitung ist dieser Massnahme fortlaufend Beachtung zu schenken.
5.2.6	Berücksichtigung der Medikamentenversuche	In der wissenschaftlichen Aufarbeitung ist dieser Massnahme fortlaufend Beachtung zu schenken.

1 6. Öffentlichkeitsarbeit / gesellschaftspolitische Sensibilisierung

	Massnahme	Zeitplan
6.1	Aufbereitung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit	Dieser Massnahme ist während des Aufarbeitungsprozesses fortlaufend und nach dessen Abschluss nachzukommen.
6.2	Die Ausstellung «Enfances volées – Verdinkinder reden» und eine allfällige Aktualisierung und Erweiterung finanziell unterstützen	Die Mitfinanzierung ist gesichert.
6.3	Thema in den Schulbüchern und in anderen Lehrmitteln behandeln	Die Umsetzung dieser Massnahme ist für die Zeit nach der wissenschaftlichen Aufarbeitung vorgesehen.
6.4	Zukünftige Fachpersonen – insb. im Sozialbereich und Rechtswissenschaft – sollen sich im Rahmen der Berufsbildung mit dem Thema FSZM auseinandersetzen	Die Umsetzung dieser Massnahme ist für die Zeit nach der wissenschaftlichen Aufarbeitung vorgesehen.
6.5.1	Herausgabe einer Sonderbriefmarke mit Zuschlag zu Gunsten der Opfer	Die Arbeiten dazu sind im Gang.
6.5.2	Prägung einer Gedenkmünze	Dies ist für den Herbst 2015 vorgesehen.
6.6	Sicherstellung, dass auch betroffene Personen im Straf- und Massnahmenvollzug informiert werden	Alle Anstalten und Gefängnisse wurden mit einem entsprechenden Informationsschreiben bedient.
6.7.1	Entwicklung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit	Die AG ist am RT vom 8. Juni 2015 eingesetzt worden.
6.7.2	Laufende Aktualisierung der Website www.fszm.ch	Dieser Massnahme wird fortlaufend nachgekommen.

6.8	Prüfung der Änderung des Strafgesetzbuchs zur Verhinderung und Bestrafung der Verspottung und Verunglimpfung der Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981	Wird im Rahmen der Erarbeitung des Gegenvorschlages geprüft.
-----	---	--

1 **7. Organisatorische Massnahmen**

	Massnahme	Zeitplan
7.3	Einrichtung von Selbsthilfefzentren oder Selbsthilfegruppen in den sieben Grossregionen der Schweiz	Diese Massnahme soll am nächsten Betroffenenforum (26. Oktober 2015) zum Thema gemacht werden.
7.4	Finanzielle Unterstützung von Projekten von Betroffenen und deren Organisationen	Wird im Rahmen der Erarbeitung des Gegenvorschlages geprüft.

2

1

2 Sicht Andreas Jost zur ersten Sitzung der AG U65

3 Im Vorfeld des Treffens mit den Vertretern diverser Instanzen fand ein Gespräch mit der Ver-
4 tretung des EJPD statt bei welcher Frau Scheidegger, Herr Mader und Herr Brand anwesend
5 waren. Dabei ging es vor allen auch den Mitgliedern der AG welche keinen Sitz am RT ha-
6 ben darum, sich besser über den Sachverhalt und die Menschen aus dem EJPD, welche
7 sich unserer Sache angenommen haben zu informieren.

8 Die Arbeitsgruppe hat sich also am 26ten zum ersten Mal mit eben diesen Vertretern diver-
9 ser Instanzen getroffen. Von diesen anwesend war Frau Dorothee Guggisberg für die SKOS,
10 Frau Diana Wider für die KESB, Herr Roger Schober für das Betreibungsamt und Herr Ralf
11 Kocher für die IV. Nicht erscheinen konnte Frau Daniela Riva für die SECO.

12 Das Gespräch wurde geleitet durch Herrn Reto Brand und Frau Claudia Scheidegger, wel-
13 chen ich allem vorab für deren vorzügliche und beispielhafte Arbeit danken möchte.

14 Positiv zu vermerken ist auch, dass bei allen eine Bereitschaft zu diesem Gespräch und teil-
15 weise auch grosse Bereitschaft dazu, zu verzeichnen war.

16 Auf gemeinsame Beschluss der AG sollte dieses erste Gespräch vorwiegend dazu dienen
17 die Bereitschaft der Instanzen, als auch die aktuellen Möglichkeiten aus deren Perspektive
18 zu eruieren. Weshalb sich die AG bei dieser Sitzung damit zurück gehalten hat, deren eigene
19 Vorstellungen zu funktionellen Aspekten, sprich der Arbeitsweise und dem erwünschten Auf-
20 trag der AG zu äussern.

21 Trotz der vielen positiven Aspekte dieser Sitzung beliebt für uns zu bemängeln, dass wir of-
22 fensichtlich immer wieder mit den Grenzen von Bestimmungen und Reglementierungen kon-
23 frontiert werden. Genauso wie auch unsere Vorstellungen meist nicht als schadensregulie-
24 rende und dringend notwendige Massnahmen, sondern als Sonderbehandlung gesehen und
25 behandelt werden. Was sich für mich persönlich auch wieder in dieser Sitzung zeigte und
26 woran wir scheinbar noch arbeiten müssen.

27 Für die Mitglieder der AG u65 ist es jedoch ohne Frage, dass wir keinen zweiten RT ins Le-
28 ben rufen wollen. Sondern erwarten wir, aktiv ins Geschehen mit einbezogen zu werden und
29 einen für die Betroffenen spürbaren Beitrag leisten zu können, um deren Leben etwas weni-
30 ger belastend werden zu lassen.

31 Dazu gehört z.B. auch die Thematik der auf Steuerforderungen oder Gesundheitskosten
32 basierenden Forderungen welche zu Betreibungen führten. Und Herr Schober zeigte hier
33 auch in Hinsicht der Kosten welche dem Steuerzahler durch den meist erfolglosen Aufwand
34 entstehen, sehr viel Verständnis. Jedoch hat die Betreibungsbehörde in dieser Hinsicht keine
35 Verfügungsgewalt, weshalb auch das Gespräch mit den Steuerbehörden gesucht werden
36 muss, um in dieser Sache hoffentlich einen Erlass erwirken zu können. Dabei hofft die AG
37 auf Unterstützung von Herrn Schober, wenn es darum geht die Steuerbehörden von der
38 Notwendigkeit als auch dem Nutzen einer solchen Regelung zu überzeugen.

39 Doch dies nur als Beispiel dafür wie wir uns vorstellen, dass jeder trotz Beschränkungen der
40 Verfügungsgewalt einen Teil dazu beitragen kann, von dem Gedanken der Nichtmachbarkeit
41 weg zu kommen.

42 Abschliessend möchte ich aus meiner ganz persönlichen Perspektive angemerkt haben,
43 dass auch bei den Gesprächen vom 26ten die Thematik der Experten angeschnitten wurde.
44 Und ich persönlich empfinde es nicht nur als beleidigend, sondern auch als äusserst ermü-
45 dend, dass unser Status auf Grund von fehlenden Papieren, Verallgemeinerungen und Vor-
46 urteilen verkannt wird. Genauso wie auch die Anwendung diverser Grundsätze meines Emp-
47 findens auf sehr arbiträre Art erfolgt, oder eben nicht.

48 In diesem Sinne möchte ich deshalb auch daran erinnern, dass das Kongruenzprinzip der
49 Organisation genauso für unsere AG von Gültigkeit ist. Und dass wir nur mit dem richtigen
50 Werkzeug ausgerüstet etwas werden bewegen und bewirken können.

1

Anhang 4

2 **PowerPoint Präsentation zur Vorstellung der geplanten Forschungsarbeiten der UEK**

Wissenschaftliche Aufarbeitung Unabhängige Expertenkommission

Vorstellung der geplanten Forschungsarbeiten

10. Sitzung des Runden Tisches für die Opfer von
fürsorgerischen Zwangsmassnahmen

Bern, 8. Juni 2015

3

Vier Forschungsfelder

- a. Quellen-Datenbank und Vermittlungsplattform
(Grundlagenfeld)
- b. Überblick und Rechtsgrundlagen / Legitimierung und
Delegitimierung der administrativen Versorgung
- c. Rechtspraxis und Expertise
- d. Anstaltspraxis
- e. Biografien und Lebensläufe

4

Grundlagenfeld A: Quellen-Datenbank und Vermittlungsplattform

- A1. „Online Quellen-Datenbank/Oral-History-Datenbank“
- A2. „Online-Vermittlungsplattform“ (in Verbindung mit dem Internet-Auftritt der Kommission)

Forschungsfeld B: Überblick und Rechtsgrundlagen / Legitimation und Delegitimierung der administrativen Versorgung

- B1. „Statistischer Überblick“
- B2 „Rechtsgrundlagen“
- B3. „Rechtssetzung: Politischer Prozess und öffentliche Debatten“
- B4. „Gesellschaftlicher Umgang mit administrativer Versorgung“

1

Forschungsfeld C: Rechtspraxis und Expertise

- C1. „Versorgungsverfahren und Rechtspraxis“
- C2 „Begründungsfiguren und wissenschaftliche Expertise“
- C3 „Aufsichtspraxis“

Forschungsfeld D : Anstaltspraxis

- D1 „Entscheidungsprozesse und Massnahmenvollzug“
- D2 „Verwaltungspraxis: Entlassungspraxis“
- D3 „Ökonomische Dimension der administrativen Versorgung“

Forschungsfeld E: Biografien und Lebensläufe

- E1 Projekt „Erfahrungen in Heimen und Anstalten“
- E2 Projekt „Individuelle Langzeitfolgen“

2

Mitwirkende und Organisation

- UEK: 9 Mitglieder (Geschichte, Psychatriegeschichte, Rechtswissenschaften, Soziale Arbeit, Staatsarchive)
- Geschäftsführung: Zwei wissenschaftliche Koordinationsstellen (Sara Zimmermann, Elie Bourgos)
- ca. 20 wissenschaftliche Mitarbeiter/innen (durchschnittlich 80%)
- Fünf Forschungsgruppen von je ca. 4-5 Mitarbeiter/innen; Aufsicht durch Fachausschüsse (UEK-Mitglieder)
- Laufzeit: 2015-2018; Forschung ab Sommer/Herbst 2015
- Forschungsprogramm: aktuell in Begutachtung (bei internationalen Expert/innen); geplant: Feedback-Workshop mit Interessierten Mitgliedern des Runden Tisch
- Vermittlungsarbeiten: umfassend, nach Vermittlungskonzept